

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisklasse für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 2. März 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3

Parteilpolitische Gährungen in der Schweiz.

Zürich, 27. Februar.

In den bürgerlichen Parteien der Schweiz geht es seit einigen Monaten drunter und drüber. Den direkten Anstoß zu diesem Wirrwarr hat die von der sogenannten „äußersten Linken“ aufgestellte Doppelinitiative betreffend die Volkswahl des Bundesrates und die Proportionalwahl des Nationalrates gegeben, aber die inneren Gründe dazu sind schon seit Jahren vorhanden und wirksam. Es ist die fortschreitende wirtschaftliche und soziale Entwicklung, das in beiden Lagern, bei den Besitzenden wie bei den Besitzlosen, immer mehr zum Durchbruch gelommene Klassenbewußtsein, die Erkenntnis des Gegensatzes der Interessen von Arbeit und Kapital, welche die Sozialdemokratie geboren und die Verhältnisse der bürgerlichen Parteien verschoben haben.

Es ist übrigens nicht leicht, sich in dem Durcheinander der bürgerlichen Parteien zurechtzufinden, namentlich in dem des Kantons Zürich. Die Dinge stehen da ineinander und man würde am besten thun, einfach von dem bürgerlichen Nichts als einheitlicher Phalanx gegenüber der sozialdemokratischen Partei zu reden. Wir haben da die Liberaldemokraten oder Liberalisierungsradikalen, die Freisinnigen oder Radikaldemokraten und die Demokraten schlechthin. Jede dieser drei Parteien hat ihr besonderes Programm; das der Demokraten ist das weitestgehende. Aber was wollen in einer bewegten Zeit Programm besagen! Man bemüht sie, wenn es geht und man verleugnet sie, wenn es zweckmäßiger ist. Steht doch als erster Punkt an der Spitze des im Jahre 1892 aufgestellten neuen Programms der demokratischen Partei das Postulat: „Eidgenössische Verwaltungsreform und Wahl des Bundesrates durch das Volk“, und nun, da sich Sozialdemokraten und linksstehende Demokraten daran gemacht haben, dem Postulat Leben und Gestalt zu geben, bekämpfen sie es und geben den sich gegen die Verteidiger desselben wie Verfechter. Die Renegaten wüthen ja bekanntlich immer am ärgsten gegen das, was sie vorher selbst vertreten haben und sie tragen dadurch das Meiste dazu bei, sich bei allen anständigen Leuten höchst verächtlich zu machen.

Man könnte auf dieses Charakterlose Renegaten- und Streberthum die Worte Byron's anwenden: „Nest sind sie liberal, doch stets erbötig, den Rock zu wechseln und die Haut, wenn nötig“, allein die Liberalen befinden sich in der gleichen Lage. Im Jahre 1893 gaben sie sich ein neues Parteiprogramm, dessen sechster Punkt lautet: „Billige Vertretung der Minderheiten in den Bundesbehörden“, also Proportionalwahl des Nationalrates und Berücksichtigung der Minderheiten bei der Wahl des Bundesrates; allein wie verhalten sich jetzt die Herren zur Doppelinitiative, welche ihre eigene Forderung verwirklichen will? Am 12. Februar 1899 hielten sie in Winterthur einen Parteitag ab, auf dem einstimmig von 242 Mann eine Resolution angenommen wurde, in der beide Initiativbegehren zurückgewiesen wurden und speziell bezüglich der Proportionalwahl des Nationalrates gesagt wird, „daß die Minderheiten im Ständerathe bereits eine ungemein starke Vertretung besitzen... Welche raffinierte Verschiebung der Sachlage! Die Sozialdemokraten, welche bei ihrer Stärke von etwa 100 000 Stimmen nur zwei Vertreter im Nationalrat und gar keinen im Ständerath haben, fordern die Proportionalwahl des Nationalrates und die Liberalen entgegnet, daß die Minderheiten bereits stark im Ständerath vertreten sind! Politisch ehrlich wäre es gewesen, wenn sie erklärt hätten, sie als Minderheitspartei sind schon jetzt verhältnismäßig viel zu stark vertreten, weil sie als die Partei der Millionäre, Großindustriellen und Großkapitalisten überall, auch von Seite der herrschenden radikalen Partei die weitestgehende Berücksichtigung finden und es sei daher für sie ihr Programmpunkt erfüllt.“

Die aus Gründen nader und brutaler Parteiherrschaft die Doppelinitiative belämpfende Radikale, im Allgemeinen eine sehr heterogene, zusammengewürfelte Gesellschaft, die über jede nächtliche Frage, namentlich wenn sie sozialpolitischer Art ist, auseinanderfällt und sich in mehrere Lager spaltet, und die nur zusammengehalten wird durch das gemeinsame Interesse am staatlichen Futtertopf, über den sie verfügen, benutzen die Initiativbewegung zu einer reinlichen Scheidung von allen Elementen, welche nicht bloß schöne demagogische Phrasen und Programme im Munde führen, sondern auch vollstündliche Thaten verrichten sehen möchten; die radikale Partei will sich manieren zur entschiedenen Geldpartei und darum müssen die linksstehenden und vorwärtsdrängenden Männer hinausgeschmissen werden.

Diese herrschende radikale Partei könnte man ohne jede Einschränkung die Partei der Renegaten nennen. Die meisten, beinahe alle ihre Führer, gaben sich in den jungen Jahren als mehr oder weniger entschiedene Sozialdemokraten und Arbeiterführer, die meisten machten auf den Schultern der organisierten Arbeiter ihre Karriere, wobei der Grütliverein in der Regel die Hauptrolle spielte, und alle haben die Arbeiter vertraut, haben ihnen den Rücken gewendet, sobald sie das Ziel ihres moralischen und materiellen Strebens erreicht hatten und bekämpfen jetzt alles, was von den Arbeitern ausgeht. Und das Gleiche gilt von einem großen Theile der Anhänger und Wähler der radikalen Partei. Tausende von Handwerkern, Kaufleuten, Angestellten u. waren früher in den politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, viele davon als Partei oder gelegentliche Streikführer, um jetzt das zu verrathen und mit Füßen zu treten, wofür sie früher kämpften.

Unter dem Einflusse dieses Prozesses und auch unter der aus inneren Gründen heraus fortschreitenden Verschärfung der Klassen- gegenläge und Klassenkämpfe ist auch in der Schweiz seit Jahren ein fast völliger Stillstand der Sozialpolitik eingetreten. Besonders deutlich ist das in Zürich zu sehen. Im Züricher Kantonsrat wie im Züricher Großen Stadtrathe dominiert das Unternehmertum, das Geld- sachsinteresse derart, daß die paar sozialdemokratischen Vertreter in diesen Behörden meistens allein stehen, wenn sie die Arbeiterinteressen in angemessener und wirksamer Weise wahrzunehmen wissen wollen. Demokraten, Freisinnige, Liberale und Konservative sind da in der Regel ein Herz und eine Seele.

Die Demokraten und Radikalen stehen also bereits sehr weit rechts und die gegenwärtige Klausur bedeutet eine weitere starke Schwelung in dieser Richtung. Indem man die linksstehenden Elemente ganz abhört oder sie unter Preisgabe ihrer besseren An-

schauungen und Grundsätze unter das Joch der über den Brotkorb gebietenden radikalen Partei zwingt, andererseits aber nach rechts keine Grenze zieht, muß sich die Bildung einer einzigen bürgerlichen Partei vollziehen, deren Hauptaufgabe dann die Belämpfung der Sozialdemokratie ist. Diese parteipolitische Entwicklung ist schon seit Jahren das Ideal der kapitalistischen „Neuen Zürcher Zeitung“, die sich ihre Vorbilder von den deutschen Nationalliberalen und Konservativen holt und diese Politik schon vor drei Jahren anlässlich der Nationalratswahlen in Zürich mit Erfolg gegen die Sozialdemokratie getrieben hat. Bereits damals dankte durch ihre Haltung die demokratische Partei als solche ab und seit der Zeit hat sie durchaus nicht gewonnen, sondern nur verloren.

In die bürgerliche Presse ist unter dem Einflusse dieser Vorgänge die reinste Konfusion gefahren. Liberal-konservative Zeitungen haben auf ihren Titel „freisinnig-demokratisches Organ“ geschrieben, ohne an der Zusammensetzung der Redaktion etwas zu ändern; demokratische Blätter haben den Kompaß verloren und irren ziellos in der Wüste der Politik umher und der Zuschauer dieser Komödie der Irrungen findet den Schlüssel zum Verständnis der Dinge nur in der um jeden Preis aufrechtzuhaltenden Herrschaft der radikalen Partei, sowie in dem gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Klasseninteresse aller dieser bürgerlichen Gesellschaftsklassen.

Zum Theil ist leider auch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in die Konfusion verwickelt und zwar durch die eine oder andere Sektion des Grütlivereins. Derselbe hat zwar seit Jahren in seinem Statut die Bestimmung, daß er auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze steht, aber viele Mitglieder sind nicht Sozialdemokraten und vielfach ist er trotz der tausendfachen schlechten Erfahrungen noch immer der Zummelplatz bürgerlicher Streber, Rentnerjäger und Politiker. Man giebt sich dann als „Grütliener“ und „Demokraten“ und vermeidet ängstlich das Wort Sozialdemokrat, wodurch die Bewegung gefälcht und geschädigt wird. Ehrenlichweise ist die ganze sozialdemokratische Presse einzig in der Auffassung dieser Dinge in dem Sinne, daß da eine reinliche Ausscheidung und Klarheit für unsere Sache nur von Nutzen sein kann. Entweder entscheide man sich offen und ehrlich für die Sozialdemokratie und nehme alle damit verbundenen Konsequenzen mannhaft auf sich, oder man habe den Muth zurückzutreten und sich der herrschenden Geldpartei in die Arme zu werfen.

Je früher diese parteipolitischen Gährungen zum Abschlusse gelangen, desto besser ist es gerade für unsere Partei. In wenigen Monaten finden im Kanton Zürich die Nationalratswahlen statt, im Oktober in der ganzen Schweiz die Nationalratswahlen. Eine klare Situation mit einer unverfälschten und unverschleierten Sozialdemokratie stärkt die Einheitlichkeit und Aktionsfähigkeit der Partei, begeistert die sozialdemokratischen Arbeitermassen und veranlaßt sie, bis auf den letzten Mann zur Urne zu gehen und ihre Pflicht zu erfüllen, während das konfuse Durcheinander und die überflüssige Kompromißerei auf die proletarischen Genossen lähmend und abtödtend wirkt. Aus der Aufklärung und dem Zerfall der alten Parteien muß die junge aufstrebende Partei der Sozialdemokratie neue Kraft durch allseitige Ausbreitung und erhöhte Schlagfertigkeit ziehen. „Das Alte fällt, es ändert sich die Zeit und neues Leben blüht aus den Ruinen!“

Stumm's wahre Antwort.

Die vernichtende Veröffentlichung dreier Briefe des Freiherrn v. Stumm hatte den Gewaltigen zunächst leichtsinniger Weise verführt, einen Gang mit geistigen Waffen zu versuchen. Indessen seiner Schwäche auf diesem Gebiete wohlbewußt, lehrte er alsbald reuig zu seiner bequemeren Taktik der Zwangspolitik zurück und die Staatsanwaltschaft wurde mobil gemacht, um daß der begreifliche Jorn des Königs von Saarabien sich auszuleben vermöchte.

Wir sind in der angenehmen Lage, einmal die Behörden aufrichtig loben zu können, wenn wir auch bei unserer Abneigung gegen Herrn v. Stumm uns nicht zu dem Geständnis zu überwinden vermögen, daß seine inerm zlerherischen Einfluß die erstaunliche Leistung zu verbanen sei.

Man stelle sich vor. Am Sonntag werden Briefe des Freiherrn v. Stumm veröffentlicht, und bereits am Mittwoch nachmittags werden fast gleichzeitig in den verschiedensten Theilen Berlins und der Vororte bei einer größeren Anzahl unbescholtener Personen auf Requisition der Staatsanwaltschaft Hausdurchsuchungen vorgenommen, weil man diese Leute plätzlich der — Hehlererei verdächtig hält. Der schwere Verdacht gründete sich ausschließlich auf die Beziehungen, die die Betroffenen mit dem „Vorwärts“ verbinden. Nicht nur die Redaktionsräume wurden durchsucht, sondern auch die Privatwohnungen der Redakteure, soweit sie nicht durch ein Reichstagsmandat gesichert waren. Allein das Bemühen der Behörden ist erfolglos geblieben; denn die „gestohlenen Briefe des Herrn v. Stumm“ wurden nirgends gefunden.

Darum nämlich handelt es sich, wie die „Post“ im Voraus anzukündigen wüßte. Das Organ, in dem verruchte Redakteure nicht einmal die Reichstagsreden Stumm's zu lesen scheinen, verübeln im triumphirenden Sperrdruck folgende juristische Spohrhaftigkeit:

Ein strafrechtliches Verfahren wegen Hehlererei ist bei der königlichen Staatsanwaltschaft gegen den „Vorwärts“, der Briefe veröffentlicht hat, die nach einem in unserer Redaktion verübten Einbruchdiebstahl in seinem Besitz gelangt sind, beantragt worden. Der Antrag stützt sich auf § 259 des Strafgesetzbuches, welcher lautet: „Wer seines Vortheils wegen Sachen, von denen er weiß, oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie mittelst einer strafbaren Handlung erlangt sind, verheimlicht, ankauft, zum Pfande nimmt, oder sonst an sich bringt, oder zu deren Abhau bei anderen mitwirkt, wird als Hehler mit Gefängniß bestraft.“ Von dem Resultat der zu erwartenden Ermittlungen wird es abhängen, ob auch wegen Anfristung zum Diebstahl gegen den „Vorwärts“ Anklage erhoben werden wird. Wenn uns persönlich auch, wie wir bereits betont haben, wenig an der stattgehabten Veröffentlichung der in Rede stehenden Schriftstücke gelegen ist, so erscheint es uns doch im öffentlichen Interesse geboten, den „Vorwärts“ darüber zu belehren, daß man gestohlene Briefe nicht ungefragt veröffentlichen darf.“

Ein ruchloser Keel, dieser Herr „Vorwärts“. Er treibt Hehlererei, ja stiftet sogar möglicher Weise zum Einbruchdiebstahl an. Noch mehr: Er raucht gestohlene Stumm-Zigarren, wie die gesinnungsverwandten „Berliner Neuesten Nachrichten“ — die „Post“ hat offenbar diesen Verlust noch nicht gemerkt — andeuten zu können so glücklich sind, die da enthüllen:

„Wie demoralisirend die Sozialdemokratie auf die Massen einwirkt, diese Thatfache erfährt wieder eine drastische Beleuchtung durch folgenden Vorfall. Das Pult eines Redakteurs der „Post“ ist erbrochen und daraus sind Briefe des Freiherrn von Stumm gestohlen worden. Durch gleichzeitige Entnahme einiger Zigarren suchte der Dieb die Sache zu verdecken. Von den gestohlenen Briefen hat der „Vorwärts“ mehrere veröffentlicht. Er hat sich also mindestens zum Hehler hergegeben. Allerdings ist diese schändliche politische Stampferei bei der Sozialdemokratie nicht neu. Die Sache wird aber ein gerichtliches Nachspiel haben und dabei werden hoffentlich Hehler und Stehler gebührend gebrandmarkt und gestraft werden.“

Als wir den Herrn „Vorwärts“ wegen dieser Schandthaten zur Rede stellten, versicherte er frech, die Zigarren hätten ihm noch besser geschmeckt als die Briefe. Vergeblich aber versuchten wir von ihm herauszubekommen, ob er denn noch die anderen Briefe veröffentlichten werde, die nach den „Neuesten Nachrichten“ gestohlen sein sollen.

Wenn Stumm der „Post“ zufolge den Herrn „Vorwärts“ wegen Hehlererei denunziert hat — so ist das erheiternd. Wir verstehen es aber nicht, wie die Staatsanwaltschaft aus dieser Beschuldigung eines Abstrakts die Nöthigung herleitet, gegen denende Personen in der ungläublich prompten Weise vorzugehen, wie es geschehen ist. Hat der Denunziant angegeben, wann der märchenhafte Einbruchdiebstahl verübt worden ist? Hat er bezeichnet, wie viel Briefe angeblich gestohlen worden sind? Herr v. Stumm's Phantasie ist augenblicklich mit Diebstahls-Vorstellungen erfüllt, weil er in Saarbrücken bestohlen worden ist. Mit gestohlenen Briefen aber will er öffentlich Politik zu treiben, das ist eine Eigenhüchlichkeit reaktionärer Parteien, vor der die Sozialdemokratie stets sich sorgsam gehütet hat.

Herr v. Stumm mag sich ärgern — das verstehen wir. Wenn er im Kerger den Vorwand eines Einbruchdiebstahls benutzt, um seine Gegner zu denunzieren — so bezweifeln wir auch das schließlich. Aber sind unsere Behörden wirklich dazu da, die verlegten Gefühle des Freiherrn v. Stumm zu schützen? Die „Post“-Geschichte von dem Einbruchdiebstahl ist genau so wahr, wie etwa die Behauptung, daß die „Post“ unabhängig von Herrn v. Stumm sei, genau so wahr, wie die Verwechselungskomödie „Lorenz und Lorenzen“, genau so wahr, wie die Versicherung, daß die Sozialdemokratie die Löttauer Erzeffe gebilligt habe, genau so wahr, wie dies Organ eines toll gewordenen Kapitalismus stets zu sein pflegt!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 1. März.

Der Reichstag

Beschäftigte sich heute mit allen möglichen und unmöglichen Dingen — ein bunteres Allerlei hat es nie gegeben. Hier, Pariser Weltausstellung, Stärkezucker, Südpol-Expedition, die Ornamentik des Reichstags, Gemälde, Feuerbestattung, Urnen — kurz ein lustiges Durcheinander. Und niemals ist im Reichstag soviel von „Kunst und Wissenschaft“ gesprochen worden. Es herrschte eine wahrhaft Boffe'sche Begeisterung. Am glühendsten war die Begeisterung der Zentrumsleute; sie dürste der des Herrn Boffe nichts nachgeben. Sehr beruhigend war die Erklärung des päpstlichen Kammerherrn Lingsens, daß das Verbrennen von Menschen gegen die Religion sei. Schade nur daß die christliche Kirche das nicht anderthalb Jahrtausend früher entdeckt hat, dann würde die Million Heher, die auf Scheiterhaufen geendet haben, in ihren Betten gestorben sein.

Recht gut verlief die Bierdebatte, obgleich der Bierredner par excellences, Dr. Alexander Meyer, auch in diesem Reichstag fehlt. Kräftig trat in unserem Namen Genosse Burm dafür ein, daß das Bier ausschließlich aus Hopfen, Malz und Wasser, ohne jegliche Surrogate und andere Ingredienzien herzustellen sei. Es ist das unzweifelhaft die Keimung des Reichstags mit einziger Ausnahme der Agrarier, die „auch andere landwirtschaftliche Produkte“ zur Bierbereitung verwandt wissen wollen. Bierverfälschung nennt sich da „Schutz der Landwirtschaft“. An solche Wortspiele sind wir bei den Herren gewöhnt.

Morgen Fortsetzung der Etatsberatung. Der Antrag auf Errichtung eines Goethe-Denkmal kommt als einer der ersten Punkte zur Verhandlung. Es ist daher nöthig, sich bei Zeiten einzufinden. —

Die Verathung des Eisenbahn-Etats.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann heute die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Der eigentliche Eisenbahnminister, v. Miquel, war am Erscheinen verhindert und so mußte denn der offizielle Eisenbahnminister Thielen die Verhandlungen einleiten. Was er sagte, war allerdings so sehr im Miquel'schen Geiste gehalten, daß dessen Abwesenheit nicht allzu sehr vermisst wurde. Die ein rother Faden zog sich durch seine Rede der Gedanke, daß die Eisenbahnen nicht ein reines Verkehrs-Institut bilden, sondern daß sie dazu dienen müßten, hohe Ueber-schüsse für andere Ausgaben der Staatsverwaltung abzuwerfen. In derselben Weise, wie sein Kollege von der Post, Herr v. Roddebeck, so hielt es auch Herr Thielen für angebracht, die Beamten vor den Einflüssen einer „gewissen Partei“ zu warnen. Die Bemerkung, er werde alles thun, um die Beamten und Arbeiter vor der Verführung der Sozialdemokratie zu bewahren, läßt darauf schließen,

das er das schnelle Aufzubrengen des Generalpostmeisters auch in seinem Ressort einzuführen gedenkt.

Das, was der Minister an positiven Angaben machte, ist unseren Lesern bereits aus den von uns wiedergegebenen Heftberichten über die Ergebnisse der Eisenbahnen bekannt. Erwähnenswert ist nur seine Mitteilung, daß die zwischen Nord- und Süddeutschland schwebenden Verhandlungen voraussichtlich nicht zu einer Vereinheitlichung der Personentarife führen werden; der Grund liegt hauptsächlich darin, daß man in Preußen von einer Abschaffung der vierten Wagenklasse nichts wissen will.

In der Debatte berührte der nationalliberale Abg. Macco unter Anderem auch die Kanalfrage; aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß er in Bezug auf die Kanäle auf demselben Standpunkt steht, wie die Agrarier. Freilich sprach Herr Macco nur für seine Person, und der Fraktionsredner der Nationalliberalen Dr. v. d. Verght, desavouierte ihn ausdrücklich, indem er den großen wirtschaftlichen Segen der Kanäle preis. Interessant ist es, daß dieser Redner gegen die Finanzgebahrung seines ehemaligen Fraktionskollegen v. Miquel scharf polemisierte und eine strenge Scheidung der Eisenbahnverwaltung von der allgemeinen Finanzverwaltung verlangte. Mit vollem Recht protestierte er dagegen, daß die Regierung die Eisenbahnen als „melkende Kuh“ bezeichne.

Die Reden der Abg. Winkler (L.), Graf Rolffe (St.) und Im Ballé (B.) boten nichts Bemerkenswerthes.

Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Der Kuhhandel.

Die Zentrumsmitglieder der Budgetkommission bewilligten zwar die hauptsächlichsten Militärforderungen der Regierung, machten aber einige gelinde Abstriche an den Forderungen für die Kavallerie und Infanterie. Wir nahmen das Zieren der Zentrumsfremden sofort nicht für ernst. Die „Freisinnige Zeitung“ weiß mitzutheilen, daß der Kompromiß zwischen Zentrum und Regierung jetzt bereits abgeschlossen ist. Die Zentrumsparthei werde für die abgelehnten zehn neuen Eskadrons Jäger zu Pferde stimmen. Außerdem hat sie sich dazu verstanden, eine höhere Präsenzstärke auch abgesehen von diesen neuen Formationen zu bewilligen, den Abstrich bei der ersten Beratung der Budgetkommission also erheblich herabzumindern. Auch ein höherer Durchschnittssatz als 584 Mann pro Infanteriebataillon, wie er bei der ersten Beratung der Budgetkommission beschlossen war, soll der Festsetzung der Friedenspräsenzstärke zu Grunde gelegt werden.

Das Zentrum spendet also der Regierung in Gülle und Fülle. Und dem Zentrum winkt auch bereits der Lohn für diese „patriotische“ That. Die „Münchener Allgemeine Zeitung“ weiß aus offizieller Quelle, daß bei Neuweisung der Stelle des Unterstaatssekretärs v. Weirauch, der der geistlichen Abtheilung des Kultusministeriums vorstand, ein Katholik gewählt werden solle. Aber noch mehr. Herr v. Miquel, der darob von der „Kölnischen Zeitung“ heftig angegriffen wird, hat sich bereit gefunden, das angeforderte Gemeinde-Wahlgesetz so zu gestalten, daß das Zentrum dabei große Vortheile erzielen würde. Es soll die zweite Klasse der Gemeinde-Wähler aus der dritten so gestärkt werden, daß in beiden Klassen die Zentrumsleute bei den Wahlen den Sieg erringen und so die Verwaltung der Gemeinden im Rheinland in ihre Macht bekommen können.

Eine Hand wäscht die andere. Um Volksberrath erkaufte das Zentrum Regierungsgunst, Stellen und Macht!

Das Befinden des Papstes

Hat sich nach Privatnachrichten im Laufe des heutigen Tages noch verschlimmert. Dagegen lauten die Nachrichten des offiziellen italienischen Telegraphenbureaus „Agenzia Stefani“ günstiger. Ein Vertreter dieses Bureaus hatten mit dem Chirurgen Mazzoni eine Unterredung. Mazzoni theilte mit, er habe heute Vormittag dem Papst ein Geschwür an der linken Hüfte operirt; die Operation sei vollständig gelungen.

Rosegger über die Sozialdemokratie.

Im Märzheft der „Deutschen Revue“ wird ein offener Brief Peter Rosegger's veröffentlicht, in dem der bedeutende Dichter seine Ansichten über die Sozialdemokratie entwickelt.

Wir entnehmen dem interessanten Briefe die folgenden Sätze: In meinen Bauernbüchsen besangen, habe ich mir die Sozialdemokratie vom Halse gehalten, so lang es möglich war. Endlich ist sie aber doch mit jener elementaren Gewalt, in der geistliche Wandlungen vor sich zu gehen pflegen, auch in meine stillen Berge gedrungen und zwingt mich, wie jeden, zu ihr Stellung zu nehmen.

Ob die Sozialdemokratie in unsere Berge dringt? — Längst ist sie schon hereingedrungen. Steiermark, das alte Land des Eisens, mit großen Kohlenvorkommen und Holzvorkommen, hat seit Jahrzehnten auch eine bedeutende Industrie. In diesen Vereinen sind Hunderttausende von Arbeitern thätig, zu denen die Agitatoren hereinkommen und die sozialistischen Schriften, wie überallhin. Am wenigsten empfänglich für den Sozialismus sind die Holzbauer, die sich noch als Bauernthum lehnen; schon mehr dafür und sogar sehr dafür gestimmt sind die Sämler und Eisenhämmer, deren die meisten zu großen Gewerkschaften umgewandelt wurden. Am aller-leichtesten zu haben für die neue Lehre dürften wohl die Bergknappen sein. Diese Arbeitermassen des Landes haben bereits ihre musterhafte Organisation, ihre Presse, ihre Vereine, ihre Agenten. Es vergeht kein Sonntag, kein Feiertag, wo in der Stadt und auf dem Lande nicht Versammlungen stattfinden. Es ist ein strammes, einheitliches Regiment, unter dem allerdings die persönliche Freiheit so ganz und gar gelähmt ist wie bei den Soldaten. Die Sozialdemokratie macht mir nicht den Eindruck einer Partei, sondern vielmehr einer Armee. Bei den politischen Grozer Ereignissen der letzten Jahre hat es sich auch gezeigt, welche eine bedeutende, gefährliche, beziehungsweise erwinigter Faktor unsere Sozialdemokraten geworden sind; sie haben schließlich für das Verhalten einzelner Parteien und selbst der Regierung den Ausschlag gegeben, dadurch, ob sie mitthäten oder nicht mitthäten.

Um mich von der neuen Macht und ihren Grundfäden zu unterrichten, habe ich häufig sozialdemokratische Versammlungen besucht und ihnen Neben gehört. Und habe bemerkt, daß diese Leute, nahe beieinander, nicht ganz so schlimm sind, als sie aus der Ferne, durch Parteiränke entstellt, aussehen. Einmal steht fest, daß sie keine Hunnen sind, die gelegentlich plündern, sengen und brennen wollen, und vor denen „das Kind im Mutterleibe nicht sicher geht“. Bei uns agitieren sie vorwiegend für das allgemeine Wahlrecht, für den Achtstundentag, für die Altersversicherung, kurz für Verbesserung ihrer Existenz und ihrer Bildungsvorhältnisse. Ihr Verhalten ist zwar derb, aber anständig; Ausartungen einzelner werden nach strengster Disziplin bestraft. Die Arbeiterdisziplin ist unsterblich, und darin liegt ihre Stärke; andere Parteien sollten sich das merken. Man will wissen, daß die Sozialdemokratie heute in Oesterreich nicht bloß die Zielbewusstse, sondern auch die Klugheit und taktvollste Partei ist. Die steirischen Arbeiter sind in zwei Lager getheilt, die „Schwarzen“ und die „Roten“. Die Schwarzen sind konservativ und unter clerikalem Patronate; die weitaus größte Mehrheit aber sind die „Roten“.

Das Fieber, an welchem der Papst litt, sei ausschließlich durch jenes Geschwür hervorgerufen gewesen, welches sich in einem entzündlichen Zustande befunden habe. Mazzoni äußerte sich beifriedig über den Zustand des Papstes.

Bei dem hohen Alter des Papstes — er ist am 2. März 1810 geboren — ist seine Krankheit doch jedenfalls sehr bedenklich.

Deutsches Reich.

Das Vertrauen in die Justiz erschüttert jetzt dieselbe „Staatsbürger-Zeitung“, die vor Kurzem über unsere Kritik des Dresdener Schwurgerichts empört that und sich zu den Anschauungen des Herrn Müller bekannte. Sie weist darauf hin, daß der sogenannte jährliche Denunzationsverein, eine der mangeligsten Folge-Erscheinungen des Antisemitismus, eine Denunziation wegen ihrer Regel-Meße bei der Staatsanwaltschaft eingereicht habe, und sie fügt, durch Hausdurchsuchung und Konfiskation gänzlich gebüßt, hinzu:

Wir beugen uns als lokale Staatsbürger den Gerichtsbeschlüssen; aber wir müssen gestehen, daß uns dies nicht erquicklich wird durch ein derartiges Auftreten des Judenthums, das ja förmlich dazu angethan ist, den Schein hervorzurufen, als ob die deutschen Gerichte dem Judenthume zu Willen wären. Trotzdem wir durch einen Gerichtsbeschluss selbst betroffen worden sind, halten wir es für unsere Pflicht, die deutschen Gerichte gegen eine solche Unterstellung zu verwahren. Wir können und wollen es nicht glauben, daß das Judenthum unsere Gerichte und unsere Rechtsprechung beeinflussen könnte; nein wir glauben es nicht, wir weisen jede dahin gehende Behauptung mit Entrüstung zurück!

Die „Staatsbürgerin“ weist solchen Verdacht entrüstet zurück, aber unter dieser Fiktion der entrüsteten Zurückweisung findet sie die Beschlagnahme unerlässlich. Entlarvt wurde sie ihr also einzig unter jener Annahme, die sie entrüstet abweist.

Die „Staatsbürgerin“ kommt nicht einmal auf die Vermuthung, daß die Gerichte einfach das Gesetz haben könnten. Wir als Gegner jeder Polizeipolitik bedauern Denunziation wie Konfiskation. Wir halten es für eine ausreichende Maßnahme, wenn man dem Urtheil der öffentlichen Meinung zeige, wo man zu Gewaltthatigkeiten aufreist. Dadurch würde die Genußlei der reaktionären Parteien genügend gekennzeichnet, die davon zu reden wagen, daß die Sozialdemokratie zu Korbheiten veranlaßt.

Der Zentralverband der Industriellen hat sich in einer am Dienstag in Berlin abgehaltenen Sitzung gegen die Zusammenlegung der Arbeiterversicherungs-Gesetze ausgesprochen. Auch gegen die Erziehung der örtlichen Rentenstellen sind die Scharfmacher, da sie eine Förderung der sozialdemokratischen Agitation darin erblicken. In der „Konstitution“ eines Theiles des angeammelten Vermögens betritt die Regierungsvorlage nach der Ansicht des Zentralvereins den Weg einer „sozialistischen Auftheilung des Kapitals“. — So etwas muß Herr v. Posadowsky, der die Rolle zu vertreten hat, erziehen! Seine besten Freunde klagen ihn der „Förderung sozialdemokratischer Agitation“ an. Oh! Oh!

Die staatsfremdende goldene Jugend Frankreichs findet bei unseren Reaktionen begreifliche Sympathien. Der Pariser Korrespondent des „Vorwärts“ hatte seine Gemüthsart geäußert, daß jene Bande endlich unter das Gesetz gestellt wird, während die Polizei bisher mit ihr fraternisirt. Das bestimmt die „Konf. Korresp.“, und sie bemerkt schmerzlich:

Die „veränderte Haltung“ unserer Polizei und Behörden nennt der „Vorwärts“ den „Juchthaussturz“!

Die „Konf. Korresp.“ irrt sich. Bei uns hat sich die Haltung der Polizei und der Behörden gegenüber den deutschen Gesinnungsgenossen jenes Pariser Janhagels garnicht geändert — deshalb können wir auch nicht in dieser Hinsicht von einem Juchthaussturz reden. Wahrscheinlich führt die „Konf. Korresp.“ irrthümlicherweise unter Schlagwort vom Juchthaussturz auf die Erscheinung zurück, daß nenerlich unsere Behörden ziemlich erheblich unter den allzu „harmlosen“ Mitgliedern der „goldenen Jugend“ aufträmen.

Schlagt den Hund todt! Die katholische „Kölnische Volkszeitung“ führt aus, daß es dem volkshämlichen Sprachgebrauch durchaus widersprechen würde, die Wendung „Schlagt den Hund todt!“ als eine ernsthafte Aufforderung zum Todtschlag aufzufassen, wie dies das Dresdener Schwurgericht that. Wir wollen als Ergänzung darauf hinweisen, daß selbst von einem Minister

Hebrigens sind diese „Roten“ sogar — national. Ein steirischer Arbeiterführer, von mir interpellirt, erklärte offen, daß die Parole vom „Internationalismus der Sozialdemokraten“ nicht etwa so zu verstehen sei, als sagten sich die Arbeiter von ihrer Nation los. Wenn die agitatorischen Standesgründlinge der Sozialdemokraten international seien, weil eben in der ganzen Welt das gleiche Uebel zu bekämpfen ist, so heiße das durchaus nicht, daß sie antinational seien. In den Zeiten der Noth würde auch der Arbeiter es mit seinem Volke halten, weil das ihm doch naturgemäß in jeder Beziehung am nächsten stehe.

Gegen das Bürgerthum halten die Sozialdemokraten natürlich auch bei uns scharfe Front. Die bürgerliche Wohlthätigkeit für arme Arbeiter lehnen sie im Prinzip ab. Wir wollen keine Gnade, wir wollen unser Recht. Einen größeren Haß bekunden sie gegen jene reaktionäre Partei, die man, ob immer zutreffend oder nicht, die Merikale nennt. Von dieser werden die Sozialdemokraten auch am ungeringsten beurtheilt und bekämpft. Demen ist der Sozialdemokrat nicht etwa der verlorene Sohn, dem man beide Arme entgegenhält, um ihm fittlich und gesellschaftlich aufzuhelfen, nein, sondern der wilde Umstürzler, der Jakobiner, der Anarchist. Als vor ein paar Jahren die Sozialdemokraten ein kümmerliches Wahlrecht erlangt hatten, boten die im Reichsrath so vielstimmig vertretenen Merikalen ihren ganzen Heerdarm auf, um die Wahl des einzigen aufgestellten Arbeiterkandidaten zu verhindern. Die zeitliche Presse benahm sich in einer so verabscheuenswerthen Art, gegen eine Partei, die eben auch ihre Lage verbessern will, daß sich in Graz selbst das Bürgerthum dagegen empörte und für den sozialdemokratischen Kandidaten eintrat, der denn auch gewählt worden ist. Seither hat zwischen Bürgerthum und Arbeiterschaft die Spannung etwas nachgelassen, und bei den schon erwähnten Grazer Krawallen machten sie gemeinsame Sache.

Das Vorurtheil gegen die „Sozis“ ist bei uns im Schwunden begriffen. Wir sehen in ihnen nicht fremde, feindliche, umstürzlerische Massen, sondern arbeitende Menschen, die eben auch ihr Geschick verbessern wollen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Das thut in seiner Art ja jeder freich aufstrebende Stand, und je demüthigster und bildungsloser er bisher gewesen, je weniger wählrechtlich wird er in seinen Vätern sein können. Wir sehen in den Arbeitern unserer Industriebezirke Blut von unserem Blut, es giebt bald keinen Bürger und keinen Bauer, der nicht in der Fabrik einen Verwandten hätte. Woher kommen denn die Arbeiter? Es sind Leute aus dem niedergehenden Gewerbe- und besonders aus dem Bauernstande.

Wir wissen wohl, daß der Bauer das konservativste Element des Landes ist oder war. Aber der Staat hat der Industrie und dem Handel zuletz alles unterlassen, um ihn auf seiner Scholle zu lägen, und vieles gethan, um ihn zu Grunde zu räumen. So muß der Staat nun zur blühenden Industrie halt die Arbeiter und ihre soziale Gefahr mit in Kauf nehmen. Die Aufhebung des bäuerlichen Majorates, die Belastung des Hofbesizers mit der Militärpflicht (früher war er davon frei), die Freizwilligkeit der Bauerngüter, das eindringende Agentenwesen mit dem wucherischen Zwischenhandel, das Aufkaufen von Bauernhöfen durch „Kavaliere“ zu Jagdwägen und so weiter, das sind die Hauptschäden, die der Staat nicht verhindert, sondern gefördert und erzwingen hat. Der Bauer selbst hat auch seine Dummheiten gemacht, besonders ist er auf die modernen, ihm auf der Silberkassette entgegengebrachten Bedürfnisse reingefallen.

einmal die gleiche Aufforderung ausgesprochen worden ist. „Schlagt ihn todt, den Hund! Es ist ein Regement.“ Das hat Gortze geschrieben. Volkssprache ist eben immer derb.

Der Kecher unterwirft sich. Die „Germania“ meldet jubelnd:

Aus Würzburg kommt uns soeben die erfreuliche Nachricht, welche wir bei der uns bekannten lauterer Gesinnung Schell's nicht anders erwartet haben. Professor Dr. Schell wird seine Lehren dem Urtheile Roms entsprechend mit der Kirchenlehre in Einklang setzen. Es hat dies den Professoren der theologischen Fakultät gegenüber erklärt und will es morgen dem Bischof gegenüber förmlich zum Ausdruck bringen. Bravo! Die Hoffnungen der liberalen Presse, welche Professor Schell so gern als Sturmbod gegen die katholische Kirche mißbraucht hätten, sind also in nichts zerfallen. Professor Schell hat die schwere Probe bestanden. Sein Verhalten der höchsten Autorität gegenüber verdient die höchste Anerkennung.

Die „Germania“ ist sich nicht einmal bewußt, wie schwer Kränkel für Professor Schell ihre Jubelstunde ist. Verachtet die „Germania“ richtig, so ist die Wissenschaft um eine Charakterstärke reicher. Der modernisirte Kecher sagt höflich: Verzeihen Sie. Ganz recht. Ich übergeige mich soeben. Sie bewegt sich doch — nicht!

Die Alimentationsfrage nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Obgleich das Bürgerliche Gesetzbuch als allgemeinen Einführungstermin den 1. Januar 1900 hat, tritt eine Bestimmung des Gesetzes schon in nächster Woche in Kraft. Es ist dies die Vorschrift des § 1717, wonin die Anwartschaft für die Alimentationsfrage und die Vermuthung der Vaterchaft festgesetzt sind. Als künftige Zeit zur Feststellung der Vaterchaft gilt danach die Zeit vom 181. bis 302. Tage, also der äußerste Termin für die Vermuthung der Vaterchaft vor dem 1. Januar 1900, ist der kommende Sonntag, 5. März. An diesem Tage tritt also nach den im Zusammenhang mit § 1717 des Bürgerlichen Gesetzbuches stehenden Bestimmungen zunächst der Satz des Code Napoleon: „La recherche de la paternité est interdite“ für die deutschen Gebiete des französischen Rechts (bayer. Rheinpfalz, Baden, Elbh-Vorbringen) außer Kraft. Andererseits erhält am gleichen Tage für die Gebiete des bisherigen „Gemeinen Rechts“ die Einrede gegen die Alimentationsfrage, daß mehrere der Vermuthung der Vaterchaft unterliegen, für alle nach dem 1. Januar 1900 geborene Kinder Geltung.

Weimar, 27. Februar. (Fig. Ver.) Landtag. Im vorigen Jahre hatte unser Genosse, Abg. Baudert, den Antrag um Aufhebung bzw. zeitgemäße Abänderung des Anatomie-Gesetzes gestellt und dazu auch die Unterstützung von acht Abgeordneten erhalten. Der § 1 des aus dem Jahre 1850 stammenden Gesetzes besagt u. a., daß an die Anatomie Jena zu wissenschaftlichen Studien die Leichen derjenigen abgeliefert werden müssen, welche: 1. als Sträflinge in einem Zuchthause oder Strafbauhause verstorben, der letzteren jedoch nur, wenn ihnen die staatsbürgerlichen Rechte aberkannt worden waren; 2. derjenigen, gegen welche eine, wenn auch nur erstinstanzliche Zuchthausstrafe vorliegt, sofern der Tod in der Haft erfolgt; 3. der zurechnungsfähigen Selbstmörder; 4. von Personen, deren Begräbniß aus Privatmitteln Niemand bestreitet; 5. von unehelichen Fehlgeburten, von anderen unehelichen unehelichen Geburten und von unehelichen Kindern, welche das achte Lebensjahr noch nicht erreicht haben. Das Material des Genossen Baudert gegen dieses, wie er sagte: „barbarische Gesetz“ war so beweiskräftig, daß die Vertheiligungsbredien der Herren Regierungsvorsteher ohne Eindruck blieben. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die Bestimmungen unter 2, 3, 5 aufzuheben und bezüglich der Selbstmörder zu bestimmen, daß nur die Leichen solcher an die Anatomie abgeliefert werden, die von den Angehörigen nicht beerdigt werden. Leider besteht noch das „Gesetz“, daß Personen, deren Begräbniß aus Privatmitteln Niemand bestreitet, an die Anatomie abgeliefert werden, also der Arme, der Fehlgelbe, sofern die Kommunal-Armenverwaltung die Begräbnisskosten nicht übernimmt, nach seinem Tode noch als anatomisches Präparat dienen muß. Nun, agitieren wir rastlos weiter, dann wird auch diese „Ungeheuerlichkeit“ verschwinden.

München, 28. Februar. (Fig. Ver.) Abgeordneten-Kammer. Mit allen gegen drei Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten hat gestern die Kammer beschlossen, die Baarenhäuser mit einer Umfassung von 3 Mt. zu belegen. Liberale und Freisinnige haben in rührender Uebereinstimmung mit der Zentrumsparthei, den Konservativen und Bauernbündlern einen Vorstoß gegen die Gewerbefreiheit unternommen, der zu den bedenklichsten Kom-

So wird er loder, so fällt er ab und geht — in die Fabrik. Mit der Fabrik droht jeder Streich dem Hausvater, wenn dieser seinen Ansprüchen nicht nachkommen will oder kann. Denn die Dienstboten im Bauernhose steigen ihre Ansprüche und ihre Heßheit ebenso wie die Fabrikarbeiter. Man kann schon sagen, daß die Sozialdemokratie auch in die Bergthäler gedrungen ist. Die Dorfchaft vom „Gerranderschlag“ ist auf dem Dorfe seit den Bauernkriegen her nie ganz verjümt, wenn auch selten ernst gemeint gewesen; jetzt im Fabrikarbeiter aber wird sie neuerdings lebendig und manchmal nicht so harmlos als auf dem gemüthlichen Dorfe, auf dem einsamen Hof. Der Gebirgsbauer, der trotz allen Fleißes kaum mehr bestehen kann, hätte eigentlich ganz besonders Ursache, eine soziale Umwälzung anzustreben; er bringt dieser Idee zwar vielfach schon Trübsaligkeit entgegen, aber „Sozi“ wird er doch erst, wenn er dahem abgewirtschaftet hat, in den Fabriken der Großstädte, wo das größte Elend und der läppigste Luxus sich wüthend und höhnend gegenübersehen.

So sehr ich's. Unter diesen Eindrücken habe ich keine besondere Furcht vor der Sozialdemokratie, nehme sie aber ernst! Sie ist eine natürliche Folge der Ursachen, die hier nicht weiter erörtert werden sollen, oder, um mich akademisch auszudrücken, sie ist ein notwendiges Glied in der sozialen Entwicklung. Lieber wäre es mir freilich, wenn dieses unter Umständen gefährliche Glied in der sozialen Entwicklung nicht notwendig genorden wäre, wenn wir, besonders noch auf dem Lande, jene ruhigeren, behaglicheren und zufriedeneren Verhältnisse hätten, die sich so gemüthlich leben und von Dorfgeschichtenreibern noch gemüthlicher darstellen ließen. Vielleicht kommen sie wieder einmal in anderer Form, die Zustände, die das menschliche Dasein verlohnen. Die gegenwärtigen verlohnen es kaum.

Die Gefahr der Sozialdemokratie für den edleren Theil unserer Kultur ist nicht ganz zu leugnen, und drei Mittel wüßte ich zu ihrer Bekämpfung; da solche aber nicht aus Va-jounette und Kanonen bestehen, so dürften sie mancherorts kaum recht Anklang finden. Das erste Mittel: Einschränkung der Industrie, Ausdehnung der Landwirtschaft, Ablegung der gottverfluchten Großmannsucht und Rückkehr zu einer anspruchsloseren, natürlicheren Lebensweise. — Wird nicht angenommen. . . Das zweite Mittel: Volkste Freizügigkeit, der radikalsten Sozialdemokraten zur Verwirklichung ihrer Ideale. Nach wenigen Jahren würden sie beschefit sein. — Wird abgelehnt. . . Das dritte Mittel: Man komme den gerechten Ansprüchen der Arbeiter entgegen, gebe ihnen die politischen Rechte des Bürgers, Geleihenheit und Mittel, sich fittlich und geistig zu bilden, und erkenne sie an als im gesellschaftlichen Leben gleichwerthig und gleichgeachtet wie alle übrigen Staatsbürger, die etwas leisten.

Dieses dritte Mittel zur Befreiung der sozialdemokratischen Gefahr dürfte sich als ausföhrbar empfehlen.

Man sieht: Peter Rosegger hat kaum einen Hauch sozialistischen Geistes empfangen. Man hat den Eindruck, als ob er sein Wissen von der sozialdemokratischen Weltanschauung aus bloßen Unterhaltungen, vielleicht gelegentlich aus gegnerischen Schriften, sicherlich nicht aus Parteielementen gewonnen hat. Aber ein gerader Verstand und ein ehrliches Gemüth spricht aus dem Briefe — und darum sei das Zeugniß eines der wenigen Gegner mitgetheilt, vor dem man keinen Fels zu empfinden braucht.

sequenzen führen muß. Rückwärts, rückwärts, lautet die Parole des bayerischen Liberalismus. Der bekannte Centrum-Abgeordnete Haim benutzte diese Gelegenheit wieder zu Angriffen gegen unsere Partei, wurde aber von unseren Freunden Ehrhart und v. Vollmar gründlich widerlegt.

Eine Erinnerung an die deutsche Revolution. Zu Beginn der ersten diesjährigen und zugleich Jubiläums-Sitzungsperiode des Schwurgerichts bei dem Landgerichte München richtete der Präsident, der „Münchener Post“ zufolge, an die Geschworenen herzliche Begrüßungsworte und führte dann aus: Durch Gesetz vom Jahre 1848 sind bei uns in Bayern die Geschworenengerichte eingeführt worden und in diesen Tagen werden es fünfzig Jahre, daß die erste Sitzung für Oberbayern hier in München stattgefunden hat. Wenn die Schwurgerichte das Ansehen, das sie sich hart erworben haben, erhalten haben, so ist das gewiß zum großen Theil den vorzüglichen Eigenschaften zu verdanken, welche wenigstens unsere bayerischen und speziell oberbayerischen Geschworenen stets an den Tag gelegt haben. Pflicht-treue und Gewissenhaftigkeit sind die Eigenschaften, welche die Geschworenen bisher stets an den Tag zu legen bestrebt gewesen sind, und daher kommt es auch, daß sie bei uns in Bayern, man darf es sagen, in Ansehen gestanden sind und noch stehen. — In Bayern darf die Revolution noch verdrängt werden!

Aus Glatz-Bohrungen, 27. Februar. (Fig. Ber.) Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die von der Regierung im Landes-ausschuss eingebrachte Vorlage, betreffend die Gehalts-erhö-hung der mittleren und höheren Beamten in ihrer jetzigen Form als endgiltig geachtet angesehen werden müsse. Dasselbe schließt die unteren Gehaltskategorien von der geplanten Aufbesserung aus, obwohl diese gerade dort am allermeisten angebracht wäre. Dafür suchte man die Unterbeamten durch eine offiziöse Auslassung zu trösten, derzufolge die Regierung nicht abgeneigt sei, auch dem Wunsch der unteren Beamten in nicht allzu ferner Zeit zu entsprechen. Dieser Hinweis auf das warme Herz der Regierung für die unteren Beamtenklassen scheint nun allerdings seinen Zweck, die Gehaltsvorlage zu Gunsten der oberen und mittleren Beamten der Volkvertretung etwas milder zu machen, verfehlt zu haben. Wie aus einem Dementi hervorgeht, das die regierungsoffizielle „Straßburger Post“ einer Nachricht der „Alln. Volksztg.“ über das Scheitern der Beamtenvorlage entgegenzusetzen zu müssen glaubt, besteht die vom Plenum des Landesauschusses mit der Vorberatung des Entwurfs betraute Kommission darauf, daß auch die Unterbeamten in den Kreis der Regierungsfürsorge mit einbezogen werden, was mit anderen Worten sagen will: Die Vorlage der Regierung ist im Plenum des Landesauschusses der Ablehnung sicher, wenn jene sich nicht entschließt, gleichzeitig mit den mittleren und oberen auch die am allerersten Verdrückung verdienenden Unterbeamten in ihren Gehältern aufzubessern. Daß das offiziöse Blatt damit die Wichtigkeit dessen bestätigt, was es zu dementieren beauftragt war, liegt auf der Hand. Andererseits scheint man im Landesauschuss unter dem Einfluß seiner agrarischen Elemente die Gehalts-erhöhungen der Beamten von den günstigen Folgen der progressiven Einkommensteuer abhängig machen zu wollen, durch welche der in dem bestehenden reichsständischen Steuerwesen begründeten einseitigen Belastung des bäuerlichen Grundbesitzes, zum Vortheil der Erträge aus Kapital, Lohn und Pacht, abgehoben werden soll. Auf alle Fälle aber sieht die Thatsache fest, daß die Regierung in der vorliegenden Frage sich bei der Vollvertretung des Landes eine Schlappe holen wird. Es geht dies auch schon daraus hervor, daß in der genannten Kommission die Befürchtung geäußert wurde, die Regierung werde im Falle der Ablehnung ihrer Vorlage die geplanten Gehalts-erhöhungen dem Lande durch den Reichstag oktroyiren lassen.

Chronik der Gewaltthatigkeiten.

(Vergleiche zum Dresdener Zuchthaus - Kurs.)

Daß ausländische Arbeiter, die einem Streikbrecher in nur zu erklärlichem Unmuth ein paar grobe Worte sagen, zu schwerer Gefängnisstrafe verurtheilt werden, geschieht unter dem Zuchthaus alle Tage. Bei dieser Erscheinung ist es von hohem Interesse, die auffällige Milde zu beobachten, die ein Gericht in dem Falle anwandte, wo Streikbrecher gemeinsam an ausländischen Arbeitern eine schwere Mißhandlung verübten. Ein solcher Fall beschaffte, gestern die Verurtheilung der Strafammer des Landgerichts I. Die vier arbeitswilligen Maurer K o h, L e w a r t, S c h u l z e und Z i m m e r m a n n waren vom Schöffengericht wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu Geldstrafen verurtheilt worden, die sich zwischen 10 und 20 M. bewegten. Es war dabei folgender Thatbestand für erwiesen angesehen worden: Auf einem Bau in der Hustenstraße hatte im verfloffenen Sommer der größte Theil der dort beschäftigten Maurer die Arbeit niedergelegt. Es wurden A l l o r d m a u r e r angenommen, welche nach üblichem Brauch von den Streikenden befristet sein wollten. Eines Abends trafen die vier Angeklagten vor dem Bau mit dem Maurer K u s t i n zusammen, der zu den Streikenden gehörte. Sie versuchten mit ihm anzubinden und fielen dann insgesamt über ihn her. K u s t i n wurde erheblich, wenn auch nicht bis zur Arbeitsunfähigkeit gemißhandelt. Er wurde im Strafverfahren gegen die Angeklagten als Nebenläger zugelassen. Wegen der überaus niedrigen Strafen, auf die erkannt worden war, legte K u s t i n Verurtheilung ein. Sein Vertreter, Rechtsanwalt K o h, führte in der gestrigen Verhandlung aus, daß das milde Urtheil des Schöffengerichts um so weniger gerechtfertigt sei, als doch gegen die Streikenden, welche sich gegen arbeitswillige vergingen, die härtesten Strafen verhängt würden. Ein so mildes Urtheil wie das angefochtene, könne unmöglich dazu dienen, vor Gewaltthaten abzuwarnen. Der Gerichtshof verwarf dennoch die eingelegte Berufung. Es müsse besonders mißbilligend das Gewicht fallen, daß die Angeklagten seit längerer Zeit von den Streikenden schwere Unthun hatten erdulden müssen, so daß sie wiederholt den Schutz der Polizei angerufen hätten! — Es giebt also doch — trotz Dresden — noch milde Umstände!

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenshaus hielt am 1. März der neue Ministerpräsident K o l o m a n S z e l l seine Programmsrede. Er führte aus: Seit Monaten habe im Hause ein bestiger Kampf gewüthet und das Land sei in einen außerordentlichen Zustand gerathen. Jetzt sei der Kampf vorüber; Gott gebe, daß auch sein Widerhall auf ewig verklinge. Nach monatelangen Kämpfen habe sich die Ueberzeugung allgemein Bahn gebrochen, daß dem unhaltbaren Zustande ein Ende gemacht und der außerordentliche Zustand beendet werden müsse. Nimmere sei der Friede zu stande gekommen und auf Grund dieses Friedens siehe er vor dem Hause, eines Friedens, welcher ohne prinzipielle Opfer zu stande gekommen sei. Der Friede sei ein ehrlicher, anständiger und ruhe auf fester Grundlage. Der Ministerpräsident zählte sodann die im Sinne des Kompromisses vorzunehmenden Arbeiten auf, wobei er ausführte, daß die Regierung das größte Gewicht auf die A u s g l e i c h v o r l a g e n lege. Die Regierung werde dem Hause Vorlagen unterbreiten, welche der wirtschaftlichen Unsicherheit ein Ende machen und das Verhältnis zu Oesterreich bis 1903, resp. bis 1904, festlegen sollten. Das Kompromiß sichere auch die Erledigung des definitiven Ausgleiches. Die Regierung siehe auf dem Boden der Gesetze von 1867. Sein — S z e l l — politisches Glaubensbekenntnis ruhe auf derselben Basis in ihrem wahren, unverfälschten Sinne und könne nichts anderes bedeuten, als wahren Liberalismus. (Stürmischer Beifall rechts.) S z e l l ersuchte sodann die liberale Partei um ihre Unterstützung und fügte hinzu, er werde auch

glücklich sein, wenn er von anderer Seite Unterstützung erhalte. Vom Liberalismus werde er ebenso wenig mit einem Schritte abweichen, wie von dem Bestreben, die Einheit des ungarischen Staates zu erreichen. Er wolle kein großes Programm bezüglich der auswärtigen Politik entwickeln, in dieser Beziehung sei er in der glücklichen Lage, daß die Ansichten der maßgebenden Faktoren mit der Richtung der auswärtigen Politik übereinstimmen. Die Politik des Landes sei eine Politik des Friedens und ihre Grundlage bilde der Dreibund. (Lebhafter Beifall.) Die finanziellen Fragen erregten die größte Aufmerksamkeit. Die fortwährenden Klagen seien zu bedauern, doch erhebe das Interesse des Vaterlandes Opferbereitschaft; die Wehrfähigkeit aufrechtzuerhalten, sei die Pflicht jedes Patrioten. Die Regierung werde bestrebt sein, zwischen Staat und Kirche das beste Verhältnis aufrecht zu erhalten.

Die Ausführungen des Ministers wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Dornanyi und Kossuth, sowie die übrigen Parteiführer gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß an der Spitze der Regierung S z e l l stehe, sprachen demselben Vertrauen aus und die Hoffnung, daß sich aus dem Kampfe als Lohn das Glück des Vaterlandes ergeben werde. —

Italien.

Rom, 26. Februar. (Fig. Ber.) Gestern wurde in der Deputirtenkammer die Diskussion über die Gesetzesvorlagen betr. die Einschränkung der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, der Pressefreiheit und der Koalitionsfreiheit der Angelegten in staatlichen Betrieben vorläufig beendet. Die Reaktion geht von dem Standpunkt aus, daß das italienische Volk noch zu ungebildet sei, um die Freiheit richtig anzuwenden, diese müsse daher eingeschränkt werden. Die Vorlagen bedeuten ein Zugeständnis an die Reaktionen von Mailand, die man für den im Mai v. J. erhaltenen Schaden entschädigen will, sie glauben durch noch größere Strenge und Brutalität alle freirechtlichen Bestrebungen eintämmen zu können. Um zu verhüten, daß das Land erfahre, welche Gefahren der freirechtlichen und friedlichen Entwicklung durch die Ansehliche laufen, hat man in Mailand sogar Versammlungen verboten, die sich mit diesen Projekten befassen sollten. In den nächsten Tagen wird die Diskussion wieder aufgenommen und die Redner der Opposition werden zum Wort kommen. Nicht weniger als 50 Anträge stehen zur Debatte. Im Uebrigen wird die Linke Obstruktionspolitik treiben und eine lebhaftige Agitation im Lande entfalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Kabinett P e l l o u g über die Vorlagen stolpern wird. Die Gegensätze zwischen Nord und Süd drohen auch bei dieser Frage aufeinander zu schlagen. Kürzlich kam es schon zu Auseinandersetzungen in der Finanzkommission, welche die l a n o n i s c h e n Projekte zu berathen hatten. Es handelte sich um die Aufhebung des südlichen Oktrois, durch den besonders die Arbeiter schwer belastet werden. Die Abgeordneten des agrarischen Südens erklärten sich dagegen, die Vertreter der Industriebezirke des Nordens lehnten die geplante Verringerung der elektrischen Kraft, des Gases ab und so scheiterte die ganze Vorlage. Auch auf dem Gebiete der Sozialreform herrscht vollkommene Stagnation und sonst ist die Parole: I m m e r r ü c k w ä r t s.

Frankreich.

Massenhafte Hausdurchsuchungen werden jetzt in Paris vorgenommen, um den gegen die Republik gerichteten Komplotten auf die Spur zu kommen. Am Mittwoch früh fanden bei den Präsidenten, Sekretären, Schatzmeistern und Mitgliedern der Liga zur Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte, der Liga „La Patrie française“, der Liga für die Interessen der nationalen Verteidigung und beim Baron Lagoue, dem Vorsitzenden der plebiszitären Komitees des Seine-departements, Hausdurchsuchungen statt, bei welchen eine große Anzahl von Schriftstücken mit Beschlag belegt wurde.

Vorläufig gehorchen sich die orleanistischen Monarchisten noch ziemlich frei. Der Chef des politischen Bureaus des Herzogs von Orleans, D u f f e t, erklärte einem Berichterstatter gegenüber, die orleanistische Partei habe selbstverständlich komplotirt, aber die Polizei werde unter den beschlagnahmten Papieren keinerlei Beweis dafür finden. Die Orleanisten hätten niemals einen Schritt bei einer politischen oder militärischen Persönlichkeit unternommen. —

Spanien.

Das Kabinett Sagasta hat seine Demission eingereicht. Da der Senat am Dienstag mit nur drei Stimmen Majorität — und mit dieser Majorität stimmten sämtliche Minister — die Regierungsvorläge bez. Abtretung der Philippinen gebilligt hatte, so sah die Regierung, daß sie sich unmöglich halten könne. —

Rußland.

Studentenunruhen erwiecer Art herrschen seit mehreren Tagen in verschiedenen russischen Universitätsstädten. Sie nahmen ihren Ursprung in Petersburg. Gehässige und reaktionäre Kreise des Rektors Professor S e r g e j e w i t s c h gaben den Anlaß. Die Studenten empfinden ihn deshalb mit Feindschaft und Spott, der sich bis auf die Straße fortplante. Hier ließ man ein massenhaftes Volksgelächter heranziehen und mit brutalen Peitschenhieben in die Studentenschaaren eindringen. Viele Studenten wurden verletzt, über 200 verhaftet. Diese Vorgänge haben eine außerordentliche Erregung unter den Studenten hervorgerufen. An sämtlichen Hochschulen Petersburgs wurde der Besuch der Vorlesungen eingestellt. Die Studenten in Kiew und Charlou haben sich dieser Bewegung angeschlossen und es wird der Rücktritt des Ministers der Volkswirtschaft, S o g o l o g o w verlangt, nach dessen Weisungen der Rektor der Petersburger Universität gehandelt hat. —

Das Ende der Selbstverwaltung in Island. Der finnische Senat hatte beschlossen, bei dem Kaiser Nikolaus wegen des laienlichen Manifestes über die Wehrpflicht vorstellig zu werden. Die Antwort, welche auf diese Vorstellungen ergangen ist, hat folgenden laienlichen Wortlaut: „Veranlaßt keine Veranlassungen!“ — Eine nette Antwort! —

Türkei.

Die Mächte auf Kreta. Eine Depesche aus Rom meldet, zu der Konsolidierung der Verhältnisse auf Kreta und zur Regelung der Verantwortlichkeit der vier Mächte bezüglich ihrer Verpflichtungen gegenüber der kretischen Bevölkerung und dem Sultan, daß die Kabinette von Frankreich, Rußland und England beabsichtigen, über diese Fragen in Rom durch ihre Botschafter mit dem Minister des Aussen Canevaro verhandeln und Beschluß fassen zu lassen. Man wolle eine Art Komitee für Kreta errichten, in welchem Canevaro den Vorsitz führen werde.

Sien.

Aus China liegen heute die folgenden Mittheilungen vor: **Peking, 28. Februar.** In dem „Peking Post“ wird die Denkschrift eines Jenfords veröffentlicht, in welcher der Gouverneur von Schantung Tschang-hu-mei der Bestechlichkeit und Korruption beschuldigt und L i - h u n g - t s c h a n g Extravaganz vorgeworfen wird. Der Jenford ist von der Krone aufgefordert worden, seine Anklagen im Einzelnen zu begründen.

Peking, 28. Februar. Die Bauten für die neue Eisenbahn bei Paotingfu, 20 Meilen südlich von Peking, wurden von 200 Chinesen angegriffen. Dieselben zerstörten einen Theil des Materials und verjagten Theile der Brüde fortzuschleppen. Die Ortspolizei zeigte sich machtlos gegenüber der Schaar. Personen wurden nicht angegriffen.

Peking, 28. Februar. Die Untersuchung gegen den früheren Direktor der nördlichen Eisenbahnen, H u g u f e n, wegen schlechter Verwaltung hat zu seiner Freisprechung geführt.

Vom philippinischen Kriegsschauplatz. Der General O t i s meldet, daß er Truppen nach der Insel Negros abgehen lasse; in Manila sei alles ruhig. Die der „Intern. Kor.“ aus Madrid gemeldet wird, wird die über Washington verbreitete Nachricht, daß die Philippinen Insel Negros die Herrschaft der Vereinigten Staaten angenommen habe, in den Mittheilungen, welche der spanischen Regierung zugegangen sind, erheblich eingeschränkt.

Hiernach hat der frühere Aufständischen-Führer A r a n j i t a auf der Insel eine vollständig republikanische Regierung und Verwaltung eingeführt, an deren Spitze er selbst als „Präsident der Republik Negros“ steht. Er hatte die ihm von Aguinaldo zugebachte Stelle als Verwaltungsbeamter der „Provinz Negros“, die dadurch ein Theil der philippinischen Gesamtrepublik geworden wäre, abgelehnt und es vorgezogen, sich in seinem Gebiet völlig selbständig einzurichten.

Die Regierung der Philippinen hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, die Philippinen bezogen vor der Abreise des Welt, daß sie bis zum Tode gegen den Verrath und die rohe Gewalt der Amerikaner kämpfen wollen, und daß selbst die Frauen erforderlichenfalls an dem heiligen Kriege für die Unabhängigkeit theilnehmen werden.

Bei dieser Stimmung wird wohl auch das Erscheinen eines weiteren amerikanischen Kriegsschiffes vor Manila keinen Eindruck auf die Philippinen machen. In Amerika ist man dagegen offenbar entschlossen, den Aufständischen gegenüber nicht nachzugeben. Das geht unter Anderem auch aus der jüngsten Rede des Präsidenten R a c k i n l e y in Boston hervor, in welcher der Präsident über seine Politik Auskunft gab.

Er erklärte, das amerikanische Volk sei frei von Eroberungs-sucht. Nach dem Ausbruch des Krieges sei Manila den Vereinigten Staaten in die Hände gefallen. Der Vertrag von Paris habe das Ende der spanischen Herrschaft auf dem Inselreich zur Thatsache gemacht, und die besiegte Macht habe das Land an die Vereinigten Staaten förmlich abgetreten. Es würde eine Lächerlichkeit sein und über den Ernst der „Kulturmission“ der Vereinigten Staaten Zweifel entstehen lassen, wenn dieselben aus den Philippinen abzögen und die herrschende Anarchie zu Gunsten einiger Abenteurer bestehen ließen. Wie auf Kuba mühe in den Philippinen vor allem Ordnung und Recht hergestellt werden. Ob spätere Erfahrungen den Beweis liefern werden, daß es für die Wohlfahrt der Einwohner des Inselreiches angemessen sei, ihnen das Recht der Selbstverwaltung einzuräumen, sei eine Sache der Zukunft. Das Resultat ließe sich nicht antizipiren, und es sei daher Pflicht des Eroberers, über die Wohlfahrt des Landes mindestens so lange zu wachen, als nicht festgestellt sei, daß die Bürger desselben im Stande sind, Recht und Gesetz aufrecht zu halten. Auch sollen wirtschaftliche und politische Rücksichten von größter Bedeutung nach der Ansicht des Präsidenten dabei in die Waagschale und verbieten es den Vereinigten Staaten, aus falscher Sentimentalität die Philippinen im Stich zu lassen. Die Herrschaft des Sternbanners muß daher vor derhand in den Philippinen wanken, und es wird in späterer Zeit Sache des Kongresses sein, über das Schicksal des Landes endgiltig zu verfügen.

Den Schutz der Deutschen auf den Philippinen überläßt die deutsche Regierung den Amerikanern. Wie ein Neuter-Telegramm aus Washington meldet, läßt auf Wunsch der deutschen Regierung der Präsident R a c k i n l e y das Leben und Eigentum der auf den Philippinen befindlichen Deutschen durch die Land- und Seemacht der Vereinigten Staaten ausüben. Deutschland will sein noch in den philippinischen Gewässern stationirtes Kriegsschiff für den Dienst an der chinesischen Küste verwenden. —

Partei-Nachrichten.

Eine sozialdemokratische Versammlung ist in Posen gewissermaßen ein Ereigniß. Kürzlich war es nach langer Zeit wieder einmal gelungen, einen Saal für eine öffentliche Versammlung zu erhalten. Diefelbe war von 600 Personen besucht; Genosse K o s l e aus Hamburg trat als Referent auf und die Diskussion wurde in deutscher und polnischer Sprache geführt. Die Versammlung legte auch Protest ein gegen das Dresdener Zuchthaus-Urtheil.

Sein zehnjähriges Stiftungsfest feierte am vorigen Sonntag der Arbeiter-Bildungsverein zu Lumbach in Sachsen. Bei der Gelegenheit wurde auch dem Genossen Semmler, der ebenso lange Vorsitzender des Vereins ist, für seine anspornende Thätigkeit eine Anerkennung zu theil, indem ihn Genosse Ludwig namens des Vereins ein naturwissenschaftliches Werk überreichte. Genosse Semmler gelobte, daß ihm diese Anerkennung ein Ansporn sein werde, auch in Zukunft im Interesse des Vereins zu arbeiten.

In Redaktionen der Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung in Dortmund wählte die Preßkommission des Blattes die Genossen K o s e n o w, früher am „Chemischer Beobachter“, als ersten und L e b i n s, bisher an der „Bränflischen Tagespost“ in Kärnten, als zweiten Redakteur. Der Antritt soll so bald als möglich erfolgen.

Babische Parteipresse. Der Vorstand der babischen Landesorganisation erklärt folgende Bekanntmachung:

„Auf der letzten Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Badens wurde mit großer Majorität der Beschluß gefaßt, unser Partei-Organ „Volkstreu“ zum 1. April 1899 nach Karlsruhe zu verlegen und dort wöchentlich sechsmal erscheinen zu lassen. Die Vorarbeiten sind jetzt so weit gediehen, daß dieser Beschluß verwirklicht werden kann. Mit dem Genossen Adolf Ged wurde wegen Uebernahme des Verlagsrechtes des „Volkstreu“ durch die Partei ein für beide Theile verbindendes Uebereinkommen erzielt. Den Druck haben wir nun den Parteigenossen Goldschagg und Burger übertragen. Der „Volkstreu“ erscheint vom 1. April an wöchentlich sechsmal in Karlsruhe.“

Wir wünschen dem so erweiterten Vorderblatte kräftiges Gedeihen.

Genosse A. Hgfer, der sich aus der Klinik in Tübingen (nicht Pfuldingen), in die man ihn einstweilen gebracht, wieder entfernt hatte, wird nunmehr durch Fürsorge der Partei in eine Privat-Heilanstalt gebracht werden, wo sich sein bedauerlichwerther Zustand hoffentlich bald wieder bessern wird.

Eine unangenehme Verichtigung mußte sich das liberale Gemeinde-Wahlkomitee in Siegen gefallen lassen. Bei den Stadtverordneten-Wahlen im vorigen November war Genosse E d w a r d K r u m m gewählt worden. Man erklärte aber 100 der auf ihn gefallenen Stimmen für ungiltig und erwiderte damit, daß er nur als Ersatzmann für drei Jahre gewählt galt. Auf die Vertheilung K r u m m's entschied der Kreisauschuss, daß die 100 Stimmen giltig seien und K r u m m damit auf sechs Jahre gewählt ist. Die 100 Stimmen waren deshalb für ungiltig erklärt worden, weil der Vorname auf ihnen nicht ausgehrieben war und das Wahlkomitee entdeckt hatte, daß noch ein Mann namens E d m u n d K r u m m in Siegen wohnte. Er war zwar kaum der Schule entwachsen und daher die Ungiltigkeitserklärung der Stimmen sehr lächerlich, aber ein liberales Wahlkomitee hat das Privileg, sich lächerlich zu machen.

Politikales, Gerichtliches u. s. w.

Sächsische Polizeifürsorge. Die Amtshauptmannschaft Pitzna verbot eine Versammlung mit folgender Begründung:

„Das in Aussicht genommene Lokal, die Lehmann'sche Restauration in Groß-Jschadowitz, ist zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung bei Weitem nicht groß genug. Es faßt nicht 50 bis 60 Personen, wie in Ihrer Eingabe behauptet wird, sondern höchstens 30 Personen. Daß nur circa 30 Personen erscheinen würden, beruht auf einer Schätzung Ihrerseits, für deren Wichtigkeit es an jedem Anhalte gebricht. Es ist vielmehr mit der Wichtigkeit zu rechnen, daß einer etwa erscheinenden größeren Zahl von Personen der Zutritt zu dem Versammlungsorte zu verweigert sein würde. Von den Auszuschließenden aber würden Zusammenrottungen und bez. Störungen des öffentlichen Verkehrs und der allgemeinen Ruhe und Ordnung zu befürchten sein.“

Wir bewundern die weise Vorsicht dieser Behörde, die sich hier als wahrhaft ohnmächtiger Engel erweisen hat.

Drei Prozeßfälle gegen die „Tribüne“ gelangten am Dienstag vor dem Ersurter Landgericht zur Verhandlung. Zunächst hatte sich Genosse A d o l p h wegen zweier Verleumdungen des Polizei-Inspektors M e y e r zu verantworten. Die eine Sache wurde verurteilt, weil der Oberbürgermeister Schmidt, der als Zeuge

geladen war, die Beantwortung einiger Fragen von der Erlaubnis-
erteilung seiner vorgelegten Behörde abhängig machte. Im zweiten
Fall wurde Rudolph zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Im dritten Falle hatte sich Genosse Heinrich Schulz wegen
Verletzung des Darmstädter Kriegsgerichts zu verantworten. Die
Behauptung „nicht erwidlich wahrer“ und „verächtlich machender
Thatsachen“ war in einem „Sechzehn Jahre Zuchthaus wegen
— Unfug“ überschriebenen Artikel gefunden, der seiner Zeit durch
einen großen Teil der sozialdemokratischen sowie auch der bürger-
lichen Presse gegangen war. Es handelte sich um ein kriegsgerich-
tliches Erkenntnis gegen drei Reservisten, die am Tage der Kontroll-
versammlung „militärischen Aufruhr“ begangen hatten. Der Dar-
stellung des Sachverhalts waren noch einige kurze Bemerkungen
angefügt, in denen auf die Beurteilung bezw. Begnadigung der
„Frisenwege und Stollberge“ Bezug genommen war. Das Gericht
erblickte in der That eine Verleumdung der Richter des Kriegsgerichts
und verurteilte Schulz dem Antrage des Staatsanwalts gemäß
zu einem Monat Gefängnis.

— **Einer Verleumdung der Königl. Staatsanwaltschaft in
Halle** soll sich der Genosse S. w. i. e. n. t. h. vom dortigen Parteiblatt
schuldig gemacht haben. In einer Lokalnotiz des „Volkblatts“ er-
blickt die Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Parteilichkeit, weil
darin auf die auffällige Thatsache hingewiesen wird, daß seiner Zeit
nur gegen den Rotortwargenführer Groth wegen Verleumdung ver-
handelt worden ist und nicht auch gegen den Fürsten v. Radziwill,
der den Groth gleichfalls beleidigt hatte.

— **Eine Freisprechung in Magdeburg.** Genosse Zähler in
Magdeburg ist am 1. März von der Anklage, die Staatsanwaltschaft
Magdeburg und die Landgerichtspräsidenten beleidigt zu haben, frei-
gesprochen worden. Die angelegte Verleumdung sollte Zähler am
30. Oktober v. J. in einer Versammlung begangen haben, als er die
Versammlungsbefugter zum Abkommen auf die „Vollstimme“ auf-
forderte. Die Aufforderung geschah unter Hinweis auf die enormen
Strafen der „Vollstimme“ und die Straflosigkeit einiger vom armen
Volke noch gelebten bürgerlichen Zeitungen. Der Staatsanwalt
erachtete die Verleumdung für vorliegend, beantragte 1 Monat Ge-
fängnis, hatte aber keinen Erfolg.

— **Die Magdeburger „Vollstimme“** veröffentlicht folgende
Monats-Chronik vom Februar: Bestrafungen sind in diesem
Monat nicht erfolgt. Eingestellt ist ein Verfahren wegen Ver-
leumdung eines Offiziers. Es schweben Anklagen wegen
Verleumdung der Magdeburger Polizei und Richter, sowie zwei
Privatklagen und das eingeleitete Verfahren gegen den Abgeordneten
Schmidt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Bäckermeister sind sehr eifrig bemüht, bei einem
Streik gerüstet dazustehen. In einem Rundschreiben, das von den
beiden Obermeistern der hiesigen Innungen unterzeichnet ist, wird
den Meistern mitgeteilt, daß man den Streik nicht fürchten brauche,
und auch bei einem Boykott über die Mittel und Wege, die einzuschlagen
sind, Bestimmungen getroffen habe. Zum Schluß heißt es dann:

„Es werden Ihnen in Kürze von den dazu beauftragten Kollegen
zwei Listen vorgelegt werden, die eine zur Zeichnung von Beiträgen
für den Streikfonds, die andere zur Unterschrift. Kollegen, die
Erstgenannte lieben Kollegen und deren Familien wird auf dem
Spiele stehen, deshalb bitten wir, gebe ein Jeder sein Ehrentum
nach seinen Verhältnissen und unterzeichne ein Jeder die andere Liste
ohne jedes Bedenken. Wir werden jedem Kollegen unsere Hilfe zu
theil werden lassen, wir werden bei einer etwaigen Uebertretung des
unterzeichneten Schriftstückes nicht gleich den Stab über solchen
Kollegen brechen, sondern jeder vorkommende Fall wird von einer
eigenen zu diesem Zwecke bestimmten Kommission von Fall zu Fall
geprüft und soll jedem Kollegen sein Recht werden. . . .
Publikationen über gezeichnete Beiträge finden nicht statt. Die
Gelder werden gewissenhaft verwendet und später genau Rechnung
gelegt werden.“

Da die Bäckermeister erklärt haben, daß sie vorläufig von einem
Streik Abstand nehmen, so werden die Bäckermeister noch keine
Gelegenheit haben, ihre planvolle Taktik in Anwendung zu bringen.

Deutsches Reich.

Achtung, Holzarbeiter! In der Möbelfabrik von Hugo
Schüler, Frankfurt a. O., wurde den Bildhauern, Verleimern
und Maschinenarbeitern ein um 12½—75 pCt. reduzierter Lohnsatz
vorgelegt. Da Einigungsversuche mißlungen, traten die genannten
Arbeiter in den Streik und erklärten sich die Köpfer und Drechsler
mit denselben solidarisch. Es ist deshalb von genannten Branchen
Zuzug streng fernzubehalten. Der Geschäftsführer Herr Philipp ist
bemüht, in Berlin Erfolge für die Streikenden anzuzuerben.

Achtung, Steinarbeiter! Die bei der Firma Merkel in
Gotha beschäftigten Steinarbeiter legten wegen Lohnminderungen
am 28. Februar die Arbeit nieder. Im Januar bereits stellten die
Steinmehnen in Alvensleben das Ersuchen an die Arbeitnehmer,
vom 1. März ab eine minimale Lohnverhöhung einzutreten zu lassen.
Die Antwort seitens der Firma Pinternele war am 27. Februar die
Entlassung von 14 Steinarbeitern. Die Zahl der in Osterwald
bei der Firma Siebel ausständigen Steinarbeiter hat sich von 51
auf 21 vermindert, da sie anderweitig Arbeit erhalten haben. Die Stein-
mehnen bei derselben Firma in Hildesheim erklärten sich solidarisch
und kündigten das Arbeitsverhältnis. Der Ausstand der Steinmehnen in
W. lauen i. B. ist beendet, indem die Firma erklärte, seine Lohn-
reduzierungen vornehmen zu wollen. In Lohnbewegung resp. in
Lohnverhandlungen befinden sich die Steinmehnen in Hildesheim,
Halberstadt, Braunsberg, Breslau, Hamburg,
Frankfurt a. M. und Düsseldorf. Die reisenden Steinmehnen
werden ersucht, vorgenannte Orte nicht als Reiseziel zu nehmen.

Der Konflikt am Eberfelder Gewerbegericht hat vor
Kurzem auch das Landgericht beschäftigt. Bekanntlich hatten die
Beisitzer der Arbeitnehmer eines Tages die Sitzung verlassen, weil
der Vorsitzende ihrem Verlangen, vor der Urteilsfällung im
Beratungszimmer zusammenzutreten, nicht stattgab. Die Beisitzer
wurden in eine Ordnungstrafe von je 30 Mark genommen; das
Landgericht hat die Strafe auf 2 Mark herabgesetzt. In der schrift-
lichen Begründung läßt sich das Urteil wie folgt ablesen:

„Dagegen wird der geschilderte Vorgang in der fraglichen Sitzung
des hiesigen Gewerbegerichts zweifellos nicht den an eine sachgemäße
Urteilsfindung zu stellenden Anforderungen gerecht. Denn ein Teil
der zur Entscheidung berufenen und für dieselbe mit verantwort-
lichen Richter ist weder überhaupt zur eigenen Meinungsäußerung
gelangt, noch in die Lage gebracht worden, aus dem Munde der
Mehrheit deren Gründe zu erfahren und Gegenstände
ins Gesicht zu fassen. Das erregt um so schwer-
wiegenendere Bedenken, als die Erfahrung lehrt, daß sich
nicht selten nach Austausch der verschiedenen Ansichten eine
Stimmänderung bei dem Einen oder Anderen und damit eine Ver-
schiebung des Stimmverhältnisses vollzieht. Die besondere Ge-
haltung des Gewerbegerichts vollends, welches seine Weisung aus
zwei verschiedenartigen Gesellschaftsklassen entnimmt, verlangt ge-
bieterisch eine ganz peinliche Vermeidung jeden Anscheins, als ob die
eine Weisungsgruppe eine überwindende mit der Verfassung eines
kollegialen Gerichts schleierdings nicht vereinbare Stellung einnehme.
Da ein Verstoß gegen die vorerwähnten Grundsätze untergelaufen
ist, so wird sich der Beschwerdeführer das berechtigte Gefühl be-
mächtigt haben, daß sie in ihren Rechten gekränkt seien.“

Allerdings durften sie sich unter der Herrschaft dieser Empfindung
nicht zu dem immerhin überlegten, und weil eine Dienst-Aufsichts-
instanz angegangen werden kann, auch unangebrachten Schritt hin-
reichen lassen, nimmehr trotz jeder weitere Dienstleistung zu ver-
weigern. Vielmehr entzogen sie sich dadurch ohne zwingenden An-
laß ihren Obliegenheiten, was dem Gerichtsvorsitzenden die Pflicht
auferlegte, die gebietende Vorchrift des § 21 des Reichsgesetzes
vom 29. Juli 1870 gegen dieselben wie geschehen in Anwendung zu
bringen.“

Das gesamte Personal der Waldmeher'schen Buchdruckerei
in Colmar i. E., etwa 20 Mann, befindet sich seit einigen Tagen
im Ausstand. Der Besitzer des Geschäftes hatte seinem Personal
seinerzeit die neunstündige Arbeitszeit bewilligt, nachträglich aber
aus offenbarem Mangel hierüber einzelne seiner Gehilfen und zwar
gerade solche, die schon lange bei ihm in Arbeit stehen, auf die
Strafe zu werfen versucht. Die übrigen ließen sich durch diese
Maßregeln nicht schrecken und kündigten ebenfalls. Dafür rächt sich
nun der Herr W., indem er fleißig demuziert. In seinem
„Colmarer Tageblatt“ sucht er die Staatsanwaltschaft gegen den
„Terrorismus“ des elafch-lohringischen Buchdruckerverbandes und
gegen einzelne „Heizer“ unter seinen Gehilfen, die er mit Namen
nennt, scharf zu machen. Neuerdings hat er sogar den berüchtigten
Diktaturparagrafen in den Dienst seiner Unternehmerrückgriffe
zu stellen versucht. Einem seiner Gehilfen, einem Deutsch-Oesterreicher,
der bereits seit 6 Jahren in der W.'schen Offizin arbeitet, drohte er
kürzlich mit den Worten: „Sie haben den Artikel gegen mich in der
„Vollstimme“ geschrieben! Bedenken Sie wohl, daß Sie
Ausländer sind!“ Unter den von W. Demuzierten befindet
sich auch der Vorsitzende der Strahburger Orts-Krankenkasse, der mit
dem Colmarer Ausstand nicht das Mindeste zu thun hat.

Ausland.

In den Streik eingetreten sind die Arbeiter der Sticker-
fabrik in Bibernau (Kanton St. Gallen), weil ihr Verlangen um
Verbesserung der miserablen Arbeitslöhne abgewiesen wurde. Die
Fabrik steht leer.

Der Weberstreik hat der Stadt R. a. h. o. d. (Böhmen) eine un-
gewöhnliche Phänomene gegeben. Die streikenden Weber und
Weberinnen promenieren in den Straßen umher, während zahlreiche
Gendarmenposten mit aufgespannten Bajonetten sie auf Schritt
und Tritt verfolgen. Sogar die Feuerwehre ist konstant und sendet
bei Tag und Nacht Wadposten in die Fabriken. In den Arbeits-
sälen stehen die Spritzen und Wasserleimer bereit zur Rettungssaktion,
wenn die Streikenden die Fabriken angreifen sollten. . . . Diese
höchst überflüssigen, die Öffentlichkeit demütigenden Maßregeln
sind auf eine dem Bürgermeisterrat zugewandene Weisung des be-
kannnten Fabrikantenfreundes und Bezirkshauptmannes Reubold zurück-
zuführen. Dieser Herr giebt dem „energisches“ Chef der R. a. h. o. d.
Ortspolizei eine Unterweisung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und
Ordnung im Streikgebiet, die auf die rechtliche Stellung streikender
Arbeiter in Oesterreich ein merkwürdiges, wenig vortheilhaftes
Licht wirft.

Soziales.

In dem Grabenunglück auf der Zeche „Mont Cenis“ schreibt
die „A. M. W. B. A.“ noch: „Glücklicherweise sind diesmal
die Folgen nicht ganz so entsetzlich, wie damals auf „General
Blumenthal“, wo der Unfall durch ähnliche Ursachen herbeigeführt
wurde. Schwer sind sie freilich auch diesmal und noch ist nicht
abzusehen, ob nicht Menschenleben zu beklagen sein werden, ob nicht
der Tod unter den Schwerverletzten noch seine Opfer fordern wird.
Im günstigsten Fall werden fünf Vergleute auf lange Zeit ihre
Arbeitsfähigkeit einbüßen, vielleicht lebenslang zum Krüppel werden.“

An jenem Abend ist auf der Zeche „Mont Cenis“ ein Förder-
korb zu hoch gezogen worden, infolge dessen der andere, welcher
mit Menschen besetzt war, mit Wucht in den Sumpf gestürzt wurde.
Hierbei sind fünf Vergleute schwer, 17 leicht verletzt
worden. Montag Mittag lebten die Verletzten noch sämtlich,
hoffentlich kommen sie mit dem Leben davon.“

**Untersuchung über die Zahl der in Fabriken beschäftigten
Frauen.** Die Polizeibehörden sind angewiesen worden, bei
den Revisionen in den Fabriken, die gesetzlich halbjährig vorgenommen
werden müssen, auch die Zahl der in diesen Unternehmen be-
schäftigten Frauen festzustellen und nach Industriezweigen geordnet
anzugeben. Hierbei ist ausdrücklich vorgeschrieben worden, daß zu
den verheirateten Frauen auch solche gezählt werden sollen, die
verheiratet waren, aber verwitwet oder geschieden sind.

Enteuerungslöhne. Der Vorstand der Halle'schen Portland-
Zementfabrik bezeichnet das Ergebnis des Geschäftsjahres 1898 als
ein „sehr bestmögliches“. Er hat auch alle Ursache dazu.
Der Nettogewinn betrug 358 508,77 M. Im Vorjahre war ein
bedeutend geringerer Gewinn zu verzeichnen, nämlich 169 612,97 M.
53 447 M. erhält der Vorstand und Aufsichtsrath allein als
Lohnem, die Aktionäre erhalten 137 500 M., gleich 11 pCt.
Dividende. — Und die Arbeiter — nehmen das Etablissement
allgemein in Anspruch.

Organisation der Gemeindebeamten. In Frankfurt
a. M. fand dieser Tage eine Versammlung der Gemeindebeamten
statt, in der beschloffen wurde, einen Ortsverein in Frankfurt zu
gründen. Der Referent, ein Oberlehrer aus Wiesbaden, theilte
mit, daß der Verband in Preußen bereits 7000 Mitglieder zähle.
Der Verband erstrebe in erster Linie die völlige Gleichstellung der
Gemeinde- mit den Staatsbeamten. Dabin gehören Anstellung auf
Lebenszeit, Aufhebung der Gehälter, Gewährung von Alterszulagen
und Wohnungsgeldzuschuß, Anrechnung der Militärdienstzeit, Ver-
sorgung der Hinterbliebenen etc. Außerdem sind mehrfache Wohl-
fahrtsmaßnahmen in Aussicht genommen.

Die Zahl der bayerischen Arbeiterinnen, welche 1898 in
inspektionspflichtigen Fabriken und Handwerksbetrieben beschäftigt
waren, betrug nach dem Bericht der Gewerbe-Aufsicht 90 855.
Die Zahl der erwachsenen Fabrikarbeiterinnen hat gegen 1897 eine
Vermehrung um 1,2 pCt. erfahren. Die Zahl der erwachsenen Ar-
beiter hat aber um 0,3 pCt. zugenommen. Die weiblichen Arbeiter
im Alter über 16 Jahre machten 20,3 pCt. der Gesamtarbeiterkraft
der Fabriken aus. Im Jahre 1897 waren daselbst 21,5 pCt. Ar-
beiterinnen beschäftigt, so daß also die weibliche Fabrikarbeit pro-
zentual ein wenig abgenommen hat. In den Handwerksbetrieben
waren im Berichtsjahr 7,9 pCt. Arbeiterinnen beschäftigt, 1897 da-
gegen nur 7 pCt., so daß also hier eine ganz schwache Zunahme der
Zaunarbeit erfolgt ist.

Arbeiterversicherung in Rußland. Den russischen Berg-
werksbesitzern legt das Gesetz die Pflicht auf, bei Krankheits-
fällen nicht allein für den Arbeiter selbst, sondern auch für dessen
Familie zu sorgen. Die kürzlich in Ural tosende große Versammlung
russischer Bergwerksbesitzer richtete an das Departement für
Bergwerksindustrie die Forderung, sie von diesen Verpflichtungen
zu befreien. Das Departement willfahrte diesem Verlangen ins-
oweit, als es sich auf die Familien der Arbeiter bezieht, da für diese
bald durch ein neues Arbeiterversicherungs-Zwangsgesetz von der
Regierung gesorgt werden würde.

Gewerkschaftliches.

**Die Grundstückspekulationen des Ober-Regierungsraths
v. Voh** zu Marienwerder bildeten den Mittelpunkt einer umfang-
reichen Verhandlung vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I.
Ober-Regierungsrath v. Voh hat umfangreiche Bantereains in
Pankow, Wilmerdorf, Nixdorf und anderen Stellen erworben und
parzellirt. Aus diesem Geschäft entwickelten sich Parzellenverläufe
an Bauunternehmer, Gewährung von Baugeldern, Rückläufe von
Grundstücken im Wege der Subhastation etc. Herr v. Voh hatte einen
Agenten Silberberg als seinen Vertreter in diesen geschäftlichen
Angelegenheiten ausgewählt und schenkte demselben sein
volles Vertrauen. Dieser Herr Silberberg ist infolge eines
bei einem geschäftlichen Unternehmen entbrannten Zwistes mit dem
Verichterstatter Felix Seldis verfeindet, welcher letzterer die
Wohlfahrt der ungeliebten Verhältnisse auf dem Bauniarke zu
seiner Spezialaufgabe gemacht hat. Dieser glaubte Beweise dafür
zu haben, daß die vom Herr v. Voh betriebenen Baugeschäfte un-
sündere seien und den Effekt hätten, daß die Bauhandwerker vielfach
geschädigt würden. Er richtete deshalb schon vor Jahren ein
Schriftchen an den Oberregierungsath v. Voh, warnte ihn vor
Silberberg und behauptete, daß Herr v. Voh von diesem überworfen
worden sei. Im Jahre 1897 richtete Herr Seldis abermals ein An-
schreiben an Herr v. Voh, in welchem er die Anfrage an ihn richtete,

ob er es mit seiner hohen Beamtenstellung für vereinbar halte, mit einem
Manne wie Silberberg Grundstückspekulationen zu betreiben, bei dem
die armen Bauhandwerker in große Verluste gerathen seien u. s. w.
Dem Ansprechen lag gleichzeitig eine Drohschüre bei, welche den
Bauhandwelder in Berlin behandelte. Herr v. Voh richtete auf Grund
dieses Briefes, den er für eine verteilte Erpressung ansah,
eine Strafanzeige, die er mit seinem Namen und dem Zusatz
„Stellvertreter des Regierungspräsidenten“ unterzeichnete. In dieser
Strafanzeige bezeichnete er Herrn Seldis als ein „Subjekt“. Dieser
wollte sich eine solche Bezeichnung nicht gefallen lassen und richtete
daher eine Beschwerde irrtümlicherweise zuerst an den Ober-
regierungspräsidenten und dann an den zuständigen Regierungs-
präsidenten, in welcher einige Stellen vorliefen, die zu einer
Anklage wegen Verleumdung führten. Seldis wurde seiner-
zeit wegen der in dem Briefe an Herrn v. Voh und in
den beiden Beschwerdebriefen enthaltenen Verleumdungen zu sechs
Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hob das
erste Urteil insoweit auf, als die Verurteilung wegen der beiden
Beschwerdebriefe erfolgt und hier die Frage der Wahrnehmung be-
rechtigter Interessen nicht geprüft worden sei. — Der Angeklagte be-
stritt, eine Verleumdung beabsichtigt zu haben. Er habe es für sein
gutes Recht gehalten, sich darüber zu beschweren, daß Ober-
regierungsath v. Voh in seiner Denunziation den Ausdruck
„Subjekt“ gebraucht habe, und daran die Frage zu knüpfen, ob es
einem so hohen Beamten gestattet sei, derartige Terrain-
spekulationen zu betreiben. — Rechtsanwalt Fiebig, der
den Nebenkläger v. Voh in vielen Rechtsgeschäften vertreten hat,
bekundete, daß Herr v. Voh bei all seinen Grundstücks-Transaktionen
immer in erster Reihe darauf bedacht war, daß die Bauhandwerker
keinen Schaden erlitten und auch vielfach für dieselben mehr ge-
leistet habe, als ihm rechtlich oblag. Der Nebenkläger v. Voh
suchte diese Behauptung im Einzelnen rechnungsmäßig zu belegen.
Der Gehalts, Terrains zu erwerben, sei bei ihm dadurch entstanden,
daß ihm und Verwandten durch Erbgang eine größere Summe zu-
gefallen sei und da damals bezüglich der Anleihepapiere Kon-
vertierungsgerichte umhergeschwirrt, habe er sich entschlossen, größere
Areale zu kaufen und diese zum Zwecke der Bebauung zu er-
schließen. Thatsache sei es, daß eine Anzahl der ver-
kauften Grundstücke zur Subhastation gekommen
sei, er habe solche aber niemals veranlaßt, bestreite auch,
daß die Preise der verkauften Grundstücke übertrieben
hoch gewesen seien oder daß durch seine Schuld Handwerker
um ihr Geld gekommen seien. Er gab auch als richtig zu, daß er
in einem Falle Nixdorfer Terrain gegen ein Gut verkauft habe
und darüber mit dem Komptanten in einen Prozeß gerathen
sei. — Zeuge Silberberg bestritt, daß unter den von ihm
für Herrn v. Voh betriebenen Geschäften sich irgend ein anständiges
oder illegales befunden habe. Er bestritt dies auch bezüglich des
vielfach erwähnten Ebers'schen Falles, in welchem dem Gärtnerbesitzer
Ebers sein Grundstück durch Herrn Schulze abgekauft, schließlich
aber von Ebers unter großen Opfern wieder zurückgekauft worden
ist. Der Zeuge behauptete unter Widerspruch des Angeklagten,
daß dieser ihm deshalb zürne, weil er einmal den Schwiegervater
des Seldis, auf den dieser mit einem Messer losging, geschützt
habe. Seldis habe ihm damals erklärt: „Das werde ich Ihnen
gedenken, daß Sie mich verhinderten, den alten Juden tot zu
machen.“

Die mehrstündige Beweisaufnahme hatte im wesentlichen das-
selbe Ergebnis, wie bei der ersten Verhandlung.

Staatsanwalt Kanow: Der Angeklagte habe nicht zur
Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, sondern aus persönlicher
Rachsucht. Er beantrage deshalb eine Zusatzstrafe von drei
Monaten Gefängnis.

Nach langer Verathung erkannte der Gerichtshof zusätzlich auf
sechs Wochen Gefängnis. Der Angeklagte habe nach Ansicht
des Gerichts gar nicht die Absicht gehabt, sein objektives Recht zur
Vertheilung über den Herrn v. Voh wahrzunehmen, sondern lediglich,
den letzteren zu schmähen. Der Gerichtshof halte den Angeklagten
für einen sogenannten Präsumpten, da aber in diesem Falle un-
lautere Gelderwerb-Motive nicht nachweisbar waren, habe der
Gerichtshof die voriges Mal erkannte Strafe ermäßigt.

Trife Nachrichten und Depeschen.

Vom, 1. März. (B. G.) Das letzte heute Mittag 1 Uhr aus-
gegebenes Bulletin lautet: Der Papst wurde heute an einer alten
Krankheit operirt, die sich plötzlich entzündete. Der Papst ertrug die
Operation, obwohl kein Chloroform angewandt wurde, überaus gut.
Sein Zustand ist befriedigend.

Brig, 1. März. (B. G.) Heute Morgen stürzte infolge eines
Machinendefekts im Habsburgschacht die Förderschale ab, wobei
zwei Arbeiter schwer und fünf leichter verletzt wurden.

Paris, 1. März. (B. G.) Der Senat hat heute nach kurzer
Debatte Absatz 1 der Revisionsvorlage mit 158 gegen 118 Stimmen
angenommen. Absatz 2 gelangte mit 158 gegen 116 Stimmen zur
Annahme.

Paris, 1. März. (B. G.) Lucipia (Sozialist) wurde zum
Präsidenten des Pariser Gemeinderaths erwählt.

London, 1. März. (B. G.) Das Unterhaus nahm mit
317 gegen 69 Stimmen die zweite Lesung des von Robson ein-
gebrachten Gesetzesentwurfes an, durch den das Alter, in welchem
Kinder die Schule nicht mehr zu besuchen brauchen,
von 11 auf 12 Jahre erhöht wird. Der Vizepräsident des Unter-
richtsdepartements, Sir John Gorst, erklärte im Laufe der
Verathung: Die Ehre des britischen Volkes sei gewissermaßen
auf der Berliner Arbeiterversammlungs-Konferenz verpfändet worden
und dies gelte unumkehrbar, da alle anderen europäischen Völker,
mit Ausnahme der südlichen Länder, ihre Fabrikgesetzgebung auf ein
Niveau im Sinne dieser Konferenz gebracht hätten. Der Vorteil,
daß die Baumwollspinnerei mit Arbeiterarbeit billiger und besser
betrieben werden könne, müsse gegenüber den anderen, durch die
Berliner Konferenz erlangten, Vortheile aufgegeben werden.

Rom, 1. März. (B. G.) Im Vatikan dementirt man late-
gorisch alle Gerüchte vom Tode des Papstes; derselbe befinde sich
im Genuß der besten Gesundheit.

Rom, 1. März. (B. G.) Die Kerze Mazzoni und Lippont
verlassen die Gemächer des Papstes um 5 Uhr Nachmittags und
außerten sich bestrickt über den Zustand desselben. Lippont wird
heute Nacht im Vatikan schlafen.

Rom, 1. März. (B. G.) Die „Agenzia Stefani“ meldet
aus Peking, der dortige italienische Gesandte habe von der
chinesischen Regierung die Verpflichtung der Sammlung von
im Süden von Kiangy (Provinz Che-hang), verlangt. Das
genannte Bureau fügt hinzu, daß sich bereits zwei italienische Schiffe
in den chinesischen Gewässern befänden und daß demnächst drei
weitere Schiffe zu denselben stoßen würden.

Turin, 1. März. (B. G.) Das Personal der Turiner
Pferdebahnen hat die Arbeit eingestellt. Der Verkehr ruht.

Madrid, 1. März. (B. G.) Ministerpräsident Sagasta erklärte
der Königin-Regentin, daß es dem Kabinete unmöglich sei, mit den
jetzigen Kammern weiter zu arbeiten; man müsse sie auf-
lösen. Um der Königin-Regentin ihre Aufgabe zu erleichtern,
reichte Sagasta dann die Demission des Kabinetts ein und rieth der
Königin-Regentin, die tonangebenden politischen Persönlichkeiten zu
Rathe zu ziehen.

Petersburg, 1. März. (B. G.) Wie die „Russische Tele-
graphen-Agentur“ erfährt, hat der Kaiser von Rußland den Bot-
schafter in London Baron von Staal zum zweiten Bevoll-
mächtigten bei der Friedenskonferenz im Haag bestimmt. Seitens der
russischen Ministerien sollen ihm Spezialdelegirte beigegeben
werden, darunter Professor von Martens als Spezialdelegirter für
alle Völkerrechtsfragen. Durch die Wahl des letzteren beweise Kaiser
Nikolaus sein besonderes Interesse an der Durchföhrung des großen
Werkes der Konferenz. Sogleich nach Beendigung der letzteren
werde Botschafter v. Staal auf seinen Posten zurückkehren.

Montevideo, 1. März. (Nachung des „Neuer (hen Bureau“.)
Cuestas ist zum konstitutionellen Präsidenten erwählt worden.

Reichstag.

45. Sitzung, Mittwoch, 1. März 1899, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky, Freiherr v. Tziemann. Die zweite Beratung des Etats wird beim Etat der Zölle, Verbrauchssteuern und Aueren fortgesetzt. Zu dem Titel „Brausteuer“ liegt folgende Resolution der Abg. Paasche (natl.), Köstke-Deffau (wildlib.) und Genossen vor: Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Verwendung von Surrogaten und der Zusatz von Süßstoffen und sogenannten Konservierungsmitteln bei der Bierbereitung in der Brauereigemeinschaft verboten wird. Die Abg. Camp (Rp.) und Hermes (fr. Sp.) beantragen, statt: bei der Bierbereitung, zu sagen: bei der Bereitung unterjähriger Biere.

Abg. Paasche (natl.):

In Bayern, Württemberg und Baden ist die Verwendung von Surrogaten bei der Bierbereitung verboten. Die norddeutschen Brauereien würden durch ein solches Verbot wieder an Renommee gewinnen und etwas konkurrenzfähiger werden. Auch im Interesse des vertriebenen Publikums liegt es, daß ihm hierdurch die Möglichkeit geboten wird, reines und gutes Bier zu erhalten. Jetzt wird in Berlin durch Zufügung eines Extrakts jedes Bier zu einem Münchener, Kulmbacher etc. gemacht. Das ist eine unlautere Konkurrenz, die das ganze Braugeverbe schädigt.

Abg. Camp (Rp.):

So einfach, wie sich die Herren das in der Resolution denken, geht es nicht. In Bayern entlastet die Steuererhebung den kleinen Brauer ganz erheblich. Doch bei uns der Zusatz gesundheits-schädlicher Surrogate verboten wird, befürwortete ich auch. Aber z. B. Stärkekorn und Stärkegerst sind durchaus nützlich und bilden das eigentlich nährende Element. Wollen Sie den englischen Porter verbieten oder unserer Industrie verbieten, ähnliche Produkte herzustellen? Ein solches Verbot würde auch auf die Spiritus-fabrikation schädlich einwirken; denn der Verbrauch an Stärkemehl würde sehr eingeschränkt werden. Es wäre gut, wenn die Resolution vom Etat losgelöst und einer Kommission überwiesen würde.

Abg. Wurm (Soz.):

Herr Camp braucht nicht zu fürchten, daß die Landwirtschaft benachteiligt wird, wenn man die Surrogate verbietet. An Stärkemehl sind im ganzen Jahre nur 13 Doppelzentner verbraucht worden und an Ertrug nur 1474 Doppelzentner für die Bierproduktion, während die Produktion im ganzen Jahre an Stärkekorn 354 000 Doppelzentner flüssigen und 75 000 Doppelzentner festen beträgt. Andererseits wird beim Verbot von Surrogaten mehr Malz und mehr Getreide verbraucht werden, und dies kommt doch auch der Landwirtschaft zu Gute. Wir haben uns von jeder dagegen gewendet, daß man in Norddeutschland schlechteres Bier machen darf, als in Süddeutschland. Wir wollen auch so gutes Bier haben, wie das Münchener Bier. (Heiterkeit.) Wir sind gegen die Verwendung von Surrogaten jeder Art. Wir halten es auch nicht für nötig, erst noch eine Kommission zur Beratung dieser Frage zusammenzubereiten. Ich erinnere daran, daß bereits im Jahre 1892 der Reichstag einen Antrag unserer Fraktion einstimmig angenommen hat, daß Bier nur aus Malz, Hopfen, Hefe und Wasser hergestellt werden dürfe. Warum jetzt ein einmal solche Meinungsverschiedenheiten? Was den Zusatz von Saccharin anlangt, so sind wir von Anfang an aus denselben Gründen dagegen gewesen, aus welchen wir gegen alle Surrogate sind. Nicht weil wir diese Surrogate für besonders gesundheits-schädlich halten — gegen den Zusatz gesundheits-schädlicher Stoffe sind wir ja bereits durch das Nahrungsmittel-Gesetz geschützt — sondern weil sie nur verwendet werden, um den Käufer zu betriegen. Der Käufer weiß nicht, daß er ein Surrogat erhält, denn der Preis ist so hoch, daß der Verkäufer auch ein Malzprodukt dafür liefern könnte. Wenn aber diese Surrogatprodukte zu dem Preis reeller Malzprodukte verkauft werden, so folgt daraus nur die Notwendigkeit, diese unlautere Konkurrenz einzuschränken. Wir sind für ein gutes, verdauliches Bier, weil wir in ihm die beste Konkurrenz gegen den Schnaps sehen. Eine Beeinträchtigung des Biergenusses tritt aber dadurch ein, daß durch die Erlaubnis der Surrogatzufüge einem schrankenlosen Wettbewerbs Thür und Thor geöffnet wird, der schließlich dahin führt, ein Spillität zusammen-zufabrikieren, das nur für einen Augenblick Geschmack hat, nachher aber den Magen belästigt und den Trinker dazu zwingt, zu dem Bier einen Schnaps zu genießen. In einer Petition des Vereins der Weißbier-Brauereien Berlins und der Umgegend, die sich gegen die Surrogatverwendung ausdrückt, wird darauf hingewiesen, daß in den Krankenhäusern Braumbier verwendet werde, dies Braumbier mühte also ganz gesundheits-unschädlich sein. Leider ist diese Schlussfolgerung nicht ganz richtig. Es wird nicht so darauf geachtet, ob alle Nahrungsmittel, die den Kranken gegeben werden, von vorzüglichster Beschaffenheit sind. Es fehlt in den Anstalten leider immer noch an dem nötigen Geld und man nimmt, was billig ist. Ein leichtes Bier, aus Malz und Hopfen hergestellt, würde den Kranken viel zuträglicher sein. Ich bitte Sie, also dem Wunsche des Herrn Camp nicht nachzugeben. Der Reichstag möge einstimmig erklären, daß er auch den Norddeutschen das gönnt, was die Süddeutschen haben: ein surrogat-freies Bier. (Bravo!)

Bayerischer Ministerialrat Ritter von Geiger widerlegt die vom Abg. Camp aufgestellte Behauptung, daß Bayern seinen Brauereien Ausfuhrprämien gewähre.

Abg. Brömel (fr. Sp.):

tritt für volles Surrogatverbot ein. Falls aber in mehreren Fraktionen der Wunsch nach einer Ueberweisung an eine Kommission vorhanden sein sollte, so habe er dagegen nichts einzuwenden.

Abg. Camp (Rp.):

entgegnet dem Abg. Wurm, daß es sich keineswegs um ein unerhebliches Quantum an Stärkemehl handle.

Abg. Hermes (fr. Sp.):

Durch ein solches Surrogatverbot wird es unmöglich gemacht, ein billiges, schmackhaftes, belohnliches Bier herzustellen. Dadurch wird nur der kleine Mann geschädigt. Bei überjährigem Bier ist ein Surrogatverbot nach keiner Richtung hin geboten.

Abg. Wurm (Soz.):

Kollege Hermes dürfte mit seiner Schwärmerei für die Surrogat-biere ganz allein dastehen; er muß besonders ausgebildete Geschmacksknospen haben. (Heiterkeit.) Wer so geringe Ansprüche stellt, dem steht auch noch ein anderes Getränk zur Verfügung: Wasser. (Heiterkeit.) Wasser schmeckt gut, bekommt gut und ist besser als Surrogatbier, denn der Nährwert des mit Surrogaten gebrauchten Bieres ist ein ganz minimaler, und es beruht auf Unkenntnis bei vielen Ärzten, wenn sie Braumbier dem Publikum als ganz besonders nützlich empfehlen. Vor 50 Jahren produzierte man allerdings die Biere aus gutem Malz und nahm keinen Stärkekorn. Die jetzt gebrauchten Biere enthalten ein paar Prozent Jucker, fast gar kein Eiweiß und ein paar Prozent Alkohol. Es ist nicht bekannt im deutschen Volke, daß auch Braumbier Surrogatbier ist und daß es meist Reissbiere sind, die als Pilsener Bier zu uns kommen. Ich glaube nicht, daß es zur Kommissionsberatung kommen wird, wenigstens würde dieselbe eine sehr kurze sein, wenn nicht noch ein anderes Moment hinzukäme. Der frühere Reichs-Schachsekreter Graf v. Posadowsky hat nämlich 1892 gesagt, die Regierung beehelte sich das Surrogatverbot für die Zeit,

wo ein neues Biersteuer-Gesetz gemacht wird, als Kompensation für eine Erhöhung der Biersteuer vor. Die Regierung hat sich inzwischen bei Gelegenheit der letzten Militärvorlage verpflichtet, keine Erhöhung der Biersteuer eintreten zu lassen, sie kann das Surrogatverbot als Kompensationsobjekt betrachten und wir müssen demnach verlangen, daß der Bundesrat der Resolution Dr. Paasche-Köstke zustimmt. Damit schließt die Diskussion; die Abstimmung über die Resolution findet erst in der dritten Lesung statt; der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest dieses Etats.

Es folgt der Etat der Stempelabgaben.

Beim Titel Staatslotterien bemerkt

Abg. Beck (fr. Sp.):

Das Institut Staatslotterien ist nichts weiter als eine Abgabe, die aus der Spiel- und Gewinnlust der Bürger folgt. Die Spielbanken sind durch Reichsgesetz aufgehoben; warum läßt man die Lotterien bestehen? Eines ist so unmoralisch wie das andere. Es ist die höchste Zeit, daß das nichtwürdige, abscheuliche Lotteriespiel endlich aufgehoben wird.

Der Etat wird bewilligt. Es folgen die an die Kommission verwiesenen Teile des Etats für das Reichsamt des Zinners.

Beim Kapitel Gesundheitsamt bemerkt auf eine Anfrage des Abg. Zingens (L.)

Direktor Köhler, daß bei ordnungsmäßiger Vornahme von Versuchen mit infizierten Tieren und bei vorsichtsmäßiger Wegschaffung der Tierleichen eine Gefahr einer Krankheitsübertragung nicht zu befürchten sei. Das gelte auch nach Ansicht der Autoritäten von der indischen Pestepidemie. Von einer Befestigung der an der Pest Betroffenen ist im Allgemeinen nichts zu befürchten.

Abg. Zingens (L.):

dankt dem Vortrager für diese Mitteilungen. Es würde leider von gewissen Kreisen das Gegenheil behauptet, um Propaganda für die Feuerbestattung zu machen. Es herrsche jetzt eine wahre Manie, die jegliche Art der Bestattung, die seit Einführung des Christentums sich so bewährt hat, abzuschaffen.

Abg. Dr. Müller (Sagan):

Bei ungünstigen Verhältnissen kann doch die Leichenbestattung gesundheits-schädlich wirken. Ich glaube, der Herr Direktor des Reichsgesundheitsamtes hat solche Fälle auch nicht auszu-schließen wollen.

Das Kapitel „Reichs-Gesundheitsamt“ wird hierauf bewilligt.

In dem nun folgenden Extra-Ordinarium werden im Titel I 25 000 M. als erste Rate für die Kosten der Herausgabe eines Werkes über die Sigtinische Kapelle in Rom verlangt. Die Kommission beantragt die Bewilligung.

Abg. Freiherr v. Hertling (L.): Er habe in der Kommission gegen die Position gestimmt, wolle aber jetzt zustimmen, denn er habe sich inzwischen überzeugt, daß das geplante Werk in der That deutsche Kunst dem Auslande gegenüber zur Geltung zu bringen geeignet sei.

Abg. Graf v. Stolberg (L.) und Abg. Lieber stimmen zu. Die Position wird bewilligt.

Für Ausschmückung des Reichstags-Gebäudes mit Bildwerken und Malerei, sowie zur Beschaffung von kunstgewerblichen Gegenständen werden 100 000 M. gefordert. Die Kommission beantragt die Bewilligung.

Abg. Graf v. Kanitz (L.):

Für Ausschmückung des Reichstags sind schon 924 000 M. ausgegeben worden bis auf einen Rest von 12 000 M. Ich möchte mir die Frage erlauben, ob die in Angriff genommenen Deckengemälde in der Wandelhalle, die aber wieder eingestellt worden sind, in dieser Summe mit einbezogen sind. 30 000 M. waren dafür ausgeworfen. Sind sie schon bezahlt worden? Ich glaube, es wäre besser, die Wandelhalle bleibe imbehalten und wir sparen 600 000 M. Herr Ballot bekommt vorläufig noch jährlich 10 000 M. Wie lange soll er dieses Jahresgehalt noch beziehen? Ich halte diese Gehaltszahlung für ungewöhnlich. Den vorliegenden Titel will ich nicht beanstanden, möchte aber wünschen, daß mit den Zahlungen in der bisherigen Weise nicht fortgefahren werde.

Abg. Dr. Lieber (L.):

Mit dem Grafen Kanitz bin ich in einer Reihe von Fragen einverstanden. Mit der Ausschmückung unseres Reichstags geht es nicht mehr so weiter, wie es bisher getrieben worden ist. Was die Malerei betrifft, so ist das letzte Werk, das in der Vorhalle zu Portal V wie ich zu meiner Freude höre, nur probeweise untergebracht ist, ein Werk von Franz Stud, ein wahrer Spott und Hohn auf jedes ästhetische Gefühl und jeden geläuterten Geschmack. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Wenn wir so den Reichstag ausschmücken wollen, dann kommen wir ja weit besser und billiger dazu, wenn wir die Titelblätter der „Jugend“ sammeln und aufleben, statt 30 000 M. zu zahlen für diese Spottgeburt aus Dred und Feuer. (Große Heiterkeit.) Da thun wir wirklich besser, wenn wir die weitere Ausschmückung der leeren Ecken sistieren und die Flächen durch solche Malereien zu verhöhnepeln. (Heiterkeit.) Und nun die kunstgewerblichen Gegenstände, die den Reichstag schmücken sollen. Da sind zwei Urnen geplant, die die schicksalreichen Urnen erleiden sollen, in denen seit 1871 die Stimmzettel hier im Hause eingesammelt werden. Sehen Sie sich einmal die Entwürfe dieser neuen Urnen an, von denen jede die Kleinigkeit von 12 000 M. kosten soll. (Hört, hört!) Es ist die Darstellung eines auf die Spitze gestellten Eies, vermutlich des berühmten Welt-Eies (Heiterkeit), das getragen wird von drei völlig nackten (Hört, hört! im Zentrum.) männlichen Gestalten, die daran geklebt sind, wie die Tugendstufenfrauen am Kaiser Wilhelm-Denkmal. (Heiterkeit.) Das Ganze ist auf einen Würfel gestellt, der an Pier-lücke mit dem Schlussstein des Reichstagsgebäudes in der Wandelhalle weitersehen kann. (Große Heiterkeit.) Ich habe auch nach dem Zweck dieses Würfels gefragt und bin zu der Vermutung gekommen, daß er wohl eine Art Leichenverbrennungs-Ofen für unsere Stimmzettel darstellt. (Große Heiterkeit.) Ich glaube selbst, mein verehrter Freund Dr. Zingens wird einen solchen Verbrennungs-Ofen für zeitgemäß halten. (Große Heiterkeit.) Reichstagsdiener bringen die Photographien der Urnen in den Saal. Die Abgeordneten drängen sich am Tisch des Hauses zusammen. Doch da kommen sie ja selber, sehen Sie sich die Sache nur einmal an. Wenn man all diesen Erscheinungen gegenübersteht, so wird man zu der Frage gedrängt, ist nicht ein Grundfehler in der Organisation für die weitere Ausschmückung des Reichstagsgebäudes vorhanden? So wie bisher geht es nicht weiter. Wir müssen einen hier am Orte anwesenden Künstler als Leiter der Entwürfe haben und müssen mit der Pflicht der Dankbarkeit drehen, dem Baumeister auch die Leitung der Ausschmückung des Hauses zu übertragen und ihn dafür mit 10 000 M. jährlich zu honorieren. Das muß ein Ende nehmen. Der Künstler, der die Ausschmückung leitet, muß stetig die persönliche Verantwortlichkeit tragen und in ununterbrochener Verbindung mit der Ausschmückungskommission bleiben. (Bravo! im Zentrum und auf der Rechten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ich habe allerdings nicht entbeden können, wie der Vorwurf des Gemaltes mit der Thätigkeit einer geschlechtlichen Körperschaft zusammenhängt. (Heiterkeit.) Aber der Kritiker ist zweifellos immerhalb der ihm gelassenen Kompetenz geblieben. Man sollte indessen bei der Ausschmückung eines so wichtigen nationalen Gebäudes mit voller Aufmerksamkeit ein so wichtigen künstlerischen Genies hierzu finden und nicht durch fabrikmäßige Bestellungen den vorhandenen Fonds vergeuben. In Zukunft werden daher nicht die Skizzen und Modelle vorgelegt werden, und, wenn

diese die Billigung der Kommission nicht finden, werden die Bestellungen einfach rückgängig gemacht. Die Summen, die hier ausgeht sind, sind an sich nicht zu groß. Nur kann man verlangen, daß hierfür auch wirklich vorzügliches geliefert wird. Ich will hoffen, daß die wichtige Frage der allmählichen Ausschmückung des Reichstags in einer Weise gelöst werden wird, die sowohl dem Hause selbst, wie der deutschen Kunst zu Gute kommt. (Beifall.)

Abg. Broemel (fr. Sp.):

bemängelt, daß bei der Ausschmückung allenthalben Wappen und Wappenthiere bis zum Ueberdruß Verwendung gefunden haben. Man ist eben von dem Grundgedanken ausgegangen, bei der Dekoraton alles zu vermeiden, was an den eigentlichen Zweck des Hauses erinnert. Es sind an dem Hause der deutschen Nation nur allegorische Figuren angebracht, die man an dem Hause jedes Duodezfürsten erblicken kann.

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt.

Es werden weiter gefordert als dritte Rate zur Errichtung eines Präsidialgebäudes 250 000 M. und zur Verforgung des Reichstags und des Präsidialgebäudes mit elektrischem Strom 137 700 M.

Die Kommission beantragt dagegen, statt der letzteren Forderung 137 700 M. als erste Rate für Errichtung einer eigenen Anlage zur Erzeugung elektrischen Stromes für das Reichstagsgebäude zu bewilligen.

Außerdem schlägt die Kommission vor, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, für einen nach dem Projekt des Prof. Ballot auszuführenden Anbau an das Präsidialgebäude zur Dedung der Giebel der Nachbargrundstücke die erforderlichen Mittel einzustellen; ferner in einem Nachtragsetat die über die bewilligten 137 700 M. hinaus erforderlichen Mittel zur Vollendung der elektrischen Anlage fordern zu wollen.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Grafen Kanitz (L.), des Grafen Posadowsky und des Abg. Reinhardt (natl.) bemerkt

Abg. Singer (Soz.):

Es macht einen etwas eigenthümlichen Eindruck, daß die Sparamtleitliebe der Herren von der Rechten sich immer auf Dinge richtet, die mit dem Reichstag zusammenhängen. (Sehr richtig! links.) Es ist von allen Parteien — vielleicht mit Ausnahme der Herren von der Rechten — als eine Nothwendigkeit anerkannt worden, für das Präsidium des Reichstages dieselbe Fürsorge zu treffen, wie für das Präsidium des preussischen Landtages. Jedes der beiden Präsidialgebäude für das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus kostet 3/4 Millionen Mark. Und das, was sich die beiden Häuser des Landtags leisten können, das wird sich der deutsche Reichstag am Ende auch leisten können. (Sehr richtig! links.) Das gehört einfach dazu, um die Würde des deutschen Parlaments zu wahren. Zum Vergleich möchte ich Sie hinweisen auf die Kostenaufwendung, die mit dem Willen der Herren Konservativen immer für die Reichshäuser geschieht. Das Reichskanzler-palais kostet 6 Millionen. Für seinen Anbau ist noch eine Million bewilligt worden, macht 7 Millionen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Graf Kanitz (L.) findet den Vergleich des Präsidialgebäudes mit dem Ministerpalais nicht stichhaltig. Ein Reichstagspräsident könnte eine so komfortable Wohnung gar nicht benutzen, wenn ihm nicht Repräsentationsgelder gezahlt werden.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, er würde auch stets für solche Repräsentationsgelder stimmen, ebenso wie die Sozialdemokraten für Diäten an die Abgeordneten gestimmt haben.

Die Titel werden hierauf bewilligt, die Resolutionen angenommen.

Zur Vertheilung des Reiches an der Pariser Weltausstellung werden 3 534 000 M. gefordert.

Reichskommissar Geheimrath Richter

gibt einen Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen. Die deutsche Industrie bringt dem Unternehmen ein sehr reges Interesse entgegen, die Erwartungen auf ihre Leistungen sind sehr hoch gespannt. Bei den Ausstellungsbehörden haben wir das größte Entgegenkommen gefunden. Im Ganzen wird Deutschland an 18-20 Stellen vertreten sein. Für einzelne Industriezweige werden geschlossene Kollektiv-Ausstellungen arrangirt. Alles in allem wird die deutsche Ausstellung zum 5. April fertig gestellt sein und ich halte es für meine Pflicht, von dieser Stelle aus zu danken, die die Bemühungen der Regierung gefördert und unterstützt haben. (Beifall.)

Die Forderung wird darauf bewilligt. Zur Andristung einer Tiefsee-Expedition werden 100 000 M. bewilligt. Ferner gelangt eine Resolution zur Annahme, die die Aushebung einer Summe für die geplante deutsche Südpol-Expedition fordert.

Die weitere Debatte wird auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. (Außerdem Militär-Etat.)

Schluß 5/4 Uhr.

Kolonial-Etat.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Mittwoch die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. Nach unwesentlicher Debatte wird der Rest des Ordinariums bewilligt. Auch das Extra-Ordinarium wird fast ohne Debatte genehmigt, darunter 40 000 M. Subvention an die zoologische Station des Professor Dohrn in Neapel, 15 000 M. Subvention an die zoologische Station in Rovigno in Italien, 10 000 M. zur Förderung alterthumswissenschaftlicher Arbeiten in Ägypten, 100 000 M. zur Erwerbung eines Grundstücks in Capstadt beauf. Gewährung einer Dienstwohnung an den dortigen Generalkonsul und 18 000 M. zur Erwerbung eines Grundstücks für die Errichtung eines Konsulatsgebäudes und eines Rathhauses in der deutschen Niederlassung in Tientsin.

Hierauf wird der Kolonial-Etat zur Beratung gestellt. Bei dem Etat für das Ostafrikanische Schutzgebiet wird der Antrag für die Rölle 1 750 000 M. (125 000 M. mehr als im Vor-jahre) von verschiedenen Seiten bemängelt. Die Steigerung erscheine willkürlich und nicht genügend begründet. Der Antrag wird jedoch mit großer Mehrheit bewilligt. Die beiden folgenden Positionen (Reichszuschuß etc.) werden ausgesetzt. Bewilligt wird sodann debatte-los im Etat des Auswärtigen Amtes das Kapitel „Kolonial-Verwaltung“ bis auf zwei Positionen (zur Stellvertretung der Reichs-beamten im Schutzgebiete der Marshallinseln etc.), die ausgesetzt werden bis nach der Entscheidung über den Vortrag mit der Neu-Guinea-Kompagnie. Bei dem ersten Titel der Ausgaben für das ostafrikanische Schutzgebiet: Gouverneur 50 000 M., bringt Abgeordneter Richter die Prokläre des Dr. Peters zur Sprache, worin behauptet wird, daß ihm eine Kiste mit Papieren und Briefen abhanden gekommen, die der Post zur Beförderung übergeben war. Richter erwähnt sodann die Publikationen des Konsul Baumann. Direktor v. Buchta: Die Kolonialabtheilung steht der Diebstahlsgefahr des Dr. Peters absolut fern und hat sich nicht damit befaßt. Die Publikation Baumanns zeigt eine Nothwendigkeit, wie sie selten vorkommt. Bericht vom Gouverneur von Sansibar sei eingefordert. Baumann habe von der österreichischen Regierung einen strengen Verweis bekommen und seinen Abschied genommen. Abg. Reibel behält sich vor, im Plenum auf diese Dinge einzugehen und erbittet Auskunft über die Strafrechtspflege in den Kolonien. Direktor v. Buchta: Auf Grund kaiserlicher Verordnung vom Jahre 1896 sind bezüglich der Strafrechtspflege in den Kolonien zwei Verfügungen erlassen, die auf ganz humaner Grundlage beruhen. Ohne wesentliche Debatte wurde der Rest des Ordinariums bewilligt, sowie die beiden ersten Titel vom Extra-Ordinarium (240 000 M. für Bauten und 300 000 M. als erste Rate eines Schwimmbades in Dar-es-Salam). — Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Invalidenversicherungs-Kommission.

6. Sitzung vom 1. März 1899. Die §§ 17, 18, 27, 28, 29 angenommen; über die §§ 19—26 wird die Beratung ausgesetzt. § 20 bestimmt, den weiblichen Personen, welche eine Ehe eingehen, die Beiträge (nach 200 Wochen Zahlung) zurückzahlen, wenn sie innerhalb 6 Monate verstorben werden. Nollenbuhr und Genossen beantragen 12 Monate. Dertel (Münster) befragt dies; der Antrag wird mit 15 Stimmen angenommen. § 31 bestimmt, daß nur die ehelichen Kinder eines Verstorbenen vor Empfang einer Rente Anspruch auf Erstattung der Hälfte der Beiträge erhalten. Nollenbuhr und Genossen beantragen, eheliche zu streichen, so daß auch die unehelichen Anspruch erheben können. Ferner beantragen sie folgende Bestimmung hinzuzufügen: „Versicherten Personen, welche dauernd erwerbsunfähig werden, bevor sie einen Anspruch auf Rente haben, steht das Recht auf Erstattung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge zu.“ Gegen den ersten Antrag wendet sich Regierungsrath Dr. Bödtker aus „Sittlichkeitsgründen“, gegen den zweiten aus Versicherungsgründen; der sozialdemokratische Antrag sei unannehmbar für alle diejenigen, welche die Ehe hoch halten“ wollen. Trotz Gegenwehr durch Nollenbuhr und Wurm, denen Trimborn (B.) zustimmt, werden die sozialdemokratischen Anträge mit sechs Stimmen abgelehnt. Zu § 33 „Entziehung der Invalidenrente“ beantragen Nollenbuhr und Genossen den Absatz 2 zu streichen, durch den die Versicherungsanstalt das Recht bekommt, von dem Invaliden zu fordern, sich eventuell einem Heilverfahren zu unterwerfen, widrigenfalls ihm die Rente entzogen wird. Nollenbuhr weist darauf hin, daß man sich solche Hungerstrafe nur den Arbeitern gegenüber erlauben wolle, während z. B. beim Militärpensions-Gesetz es niemandem einfallen werde, von einem Offizier zu verlangen, daß er sich einem Heilverfahren unterwerfe oder die Pension verliere. Hise (B.) will die Rente nur „auf Zeit“ entziehen. Löbbeck (L.): Wenn der Rentenempfänger sich der Aufnahme in eine Heilanstalt „ohne triftigen Grund“ entzieht, ihm die Rente „ganz oder theilweise“ aberkannt werden kann; Gerstenberger (B.) anstatt: „liegt Grund zu der Annahme vor“ zu setzen: „Ist begründete Aussicht vorhanden“; Herold (B.) beantragt, anstatt: „sofern anzunehmen ist“ zu setzen: „sofern nachgewiesen ist“. Staatssekretär Kosadovsky schlägt vor: „Die Rente kann auf Zeit ganz oder theilweise“ entzogen werden. Alle Anträge außer dem sozialdemokratischen werden angenommen. § 34 „Ruhe der Rente“ tritt ein für diejenigen Personen, welche eine Unfallrente beziehen, so lange und so weit dieselbe unter Hinzurechnung der Invalidenrente den Betrag von 450 M. übersteigt.

Nollenbuhr u. Gen. beantragen anstatt dessen zu setzen: sobald sie den Betrag desjenigen Durchschnittslohnes übersteigt, welchen sie im letzten Jahre vor dem fraglichen Unfall bezogen haben.“ Sasse (Soz.) befragt ihn besonders unter Hinweis auf die üblichen Praxen bei den Anwartschafts- und den Militärpensionen, welche auf Grund dieses § 34 ihre Pensionen kürzen, obwohl die vollen Beiträge bezahlt werden müßten. So hat ein Anwartschaftsinvalid, der auch Militärinvalid war, schließlich von der ersten anstatt 34 M. 60 Pf. monatlich nur 4 M. 60 Pf. erhalten, da die Militärpension von 30 M. ihm auf Grund § 34 auf die Anwartschaftspension angerechnet wurde. Hise (nat.) beantragt: „Drei Viertel des Durchschnittslohnes.“ Direktor Dr. Boedtker wendet sich gegen den zweiten Antrag Nollenbuhr und Genossen, welcher verlangt, daß Abs. 3 § 34 gestrichen wird, der den Gefangenen die Rente entzieht. Nach Boedtker würde dadurch das Zuchthaus zu einer Sparkasse für die Gefangenen. Wurm weist darauf hin, wie gerade durch diese Erparnisse der entlassene Sträfling in die Lage komme, sich ehrliche Arbeit zu schaffen und nicht wieder zum Verbrecher zu werden. Die Beratung wird auf Freitag vertagt.

Parlamentarisches.

Um die Inzändigkeit der Gewerbegerichte zu erweitern, hat Genosse Zuhner in der Gewerbegerichts-Kommission beantragt, den §§ 1 und 2 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte wie folgt abzuändern:

Die Gewerbegerichte sind ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes zuständig für Streitigkeiten:

1. wegen der aus dem Arbeitsverhältniß folgenden Verpflichtungen und Entschädigungsansprüche, wegen Nichterfüllung derselben oder nicht gehöriger Erfüllung, insbesondere der Ansprüche über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses, sowie über die sonstigen Leistungen und Entschädigungsansprüche aus dem Arbeitsverhältniß, über Zahlung einer Konventionalstrafe, über Rückgabe aus Anlaß des Arbeitsverhältnisses übergebener Zeugnisse, Bücher, Legitimationspapiere, Urkunden, Geschäftsbriefe, Kleidungsstücke oder Rationen und dergleichen, sowie die Ansprüche auf Entschädigung wegen verweigert oder verzögerter Aushändigung dieser Sachen oder wegen Ausstellung inhaltlich unrichtiger Zeugnisse.

2. Wegen vorläufiger Schadenzuführung in einer gegen die guten Sitten verstößenden Weise, insbesondere durch Aneignung der Arbeitszeugnisse oder durch Verletzung der Vertrauens- oder Geschäftsgeheimnisse, sowie wegen Ueberlassung, Vermengung oder Nützung von Wohnungen, die vom Arbeitgeber dem Arbeiter entgeltlich oder unentgeltlich überlassen werden und wegen Zahlung des Miethspreises oder Herstellung von Reparaturen für diese Wohnungen.

Justizkommission. In der sechsten Kommission des Reichstags wurden heute Artikel III des Antrages Rintelen und Artikel III der von der Regierung vorgelegten Justiznovelle zusammen beraten. In ähnlichem Wortlaut wird hier bestimmt, daß die falsche uneidliche Aussage mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft wird, neben welchem auf Geldstrafe bis zu 1000 M. erkannt werden kann. Abg. v. Strombeck (B.) beantragt, die Gefängnisstrafe bis drei Jahre festzusetzen und zu bestimmen, daß auch auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann. Abg. Simburg (L.) beantragt, auch die fahrlässige uneidliche Aussage unter Strafe zu stellen. Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) stellt eine Reihe Abänderungsanträge. Danach soll ein event. hohes Strafmaß nur in wirklich schweren Fällen Anwendung finden. Die Strafen sollen abgestuft werden, je nachdem es sich um Verbrechen, Vergehen oder Uebertretungen handelt. Auch soll die Gewährung mildernder Umstände eintreten können. Im Zivilverfahren soll auf dreifachen Ertrag des durch falsche Aussage angerichteten Schadens erkannt werden können. Nach längerer Debatte wurden die Anträge Herzfeld mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Dagegen wurden die Anträge Strombeck und Simburg und alsdann der so modifizierte Antrag III der Regierungsvorlage angenommen.

Eine freisinnige Mannesthat.

Unser Genosse G. Werner, Vertrauensmann des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises, erhielt folgenden Brief, den wir seines allgemeinen Interesses wegen der Öffentlichkeit nicht vor-enthalten wollen:

Berlin, 23. Februar 1899.
SW., Großbeerstr. 55.

Mein Herr!

Sie mögen Ihren Anhängern ja vorsichtswideln, was Sie wollen — das geht im allgemeinen Niemandem etwas an, außerdem wollen Ihre Kreise auch belogen sein, denn sonst würden Sie den „Vorwärts“, das freche Lügenblatt, welches existiert, nicht lesen können. Allein was Sie in Ihrem Flugblatt dies Mal bieten, das geht denn doch über das Erlaubte hinaus. Es ist eine freche Lüge, wenn Sie behaupten, daß freisinnige Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages sagt davon kein Wort. Sie haben also bewußt gelogen. Der Bericht der Wahl-

prüfungs-Kommission des Reichstages sagt davon kein Wort. Sie haben also bewußt gelogen.

Sie stellen es ferner so dar, als ob nur wegen des zerschmetternden Votums der Wahlprüfungs-Kommission Herr Kreiling sein Mandat niedergelegt habe. Ihre armen Wähler wissen eben, daß sie von Ihnen und Ihresgleichen systematisch in Unwissenheit erhalten werden, vernünftigerweise gar nicht, daß es aller Brauch im Reichstage ist, so zu handeln; was Sie zu einer Angst des Herrn Kreiling und der Freisinnigen stempeln, ist ein einfaches Anstandsgefühl — wofür ja allerdings nicht überall Verständnis herrscht. Wäre Kreiling als gewählt proklamiert worden, und ihm nun in der Kommission die 3 od. 5 Stimmen abgezogen worden, wie bei Kreiling, dann wäre sein Mandat auch für ungültig erklärt worden! Davon erfahren aber Ihre Leute natürlich nichts!

Aus Mangel an wirklichem Material (dem was sie vorbringen, ist doch bloß elendes Gerede) wärmen Sie immer den alten Kohl wieder auf, daß die Freisinnigen an der damaligen Verlängerung des Sozialistengesetzes schuld sind. Auch das ist niederträchtige bewusste Lüge. Selbst wenn damals alle Freisinnigen dagegen gestimmt hätten, wäre das Sozialistengesetz doch angenommen worden! Das steht urkundlich fest — nur die Sozialdemokratie treibt immer noch mit dem armenlichen Annemärchen herum! Wenn Sie aber von „Abkommandierungen“ sprechen — warum erzählen Sie Ihren Genossen da nichts von den Abkommandierungen der sozialdemokratischen Fraktion bei der Dampferubvention-Vorlage? Davon erzählt natürlich kein Genosse ein Sterbenswortchen!

Wenn Sie endlich einzelne Worte des Abgeordneten Dr. Vorth aus dem Zusammenhange reißen, so daß ein ganz verkehrter Sinn entsteht; und wenn Sie den alten Kniff anwenden, die „Volks-Zeitung“ zu einer „freisinnigen“ Zeitung zu machen, so sind das so erbärmliche Rummelblättchen-Tricks, daß es dafür nur ein Gefühl als Antwort giebt: Verachtung! Es ist vielleicht mancher Wähler mit dem Verhalten der freisinnigen Partei nicht immer einverstanden, aber derartige gemeine Flugblätter, wie das Ihrige, erreichen den Zweck sicherlich nicht, dem „Arbeiter“-Kandidaten neue Anhänger zuzuführen — wenigstens da nicht, wo selbständiges Denken vorhanden ist.

Dr. G. Werner.

Wenn der Herr Dr. R. (Richard?) Werner das sozialdemokratische Wahlflugblatt, das ja den einen, von uns bereits vorgelesen auf Veranlassung des Verfassers berichtigten Irrthum in Bezug auf die Rede des freisinnigen Abgeordneten Präside enthält, schon so in sittliche Entrüstung versetzt, daß er nur mit den größten und rohesten Schimpfwörtern seiner freisinnigen Wahrheitsliebe Luft machen kann, welche Bezeichnung hat er denn für die Flugblätter, die Herr Eugen Richter bei der letzten Wahl gegen unsere Genossen Fischer und Schmidt in letzter Stunde losließ? Sie waren belandlich so nichtswürdig und verlogen, daß sogar Herr Kreiling privatim seine uneingeschränkte Mißbilligung darob aussprach, wemgleich er die öffentliche Verbreitung durch sein Wahlomitee nicht bloß duldet, sondern durch sein Nimm unter die Korrekturbogen auch billigt! Vielleicht erklärt Herr Dr. Werner uns diesen schreienden Widerspruch zwischen privater und öffentlicher freisinniger Moral!

Herr Werner nennt es bewußt gelogen, daß freisinnige Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages sagt davon kein Wort. In dem Protokoll der Wahlprüfungs-Kommission ist obiger Thatbestand schwarz auf weiß niedergeschrieben, vom Vorsitzenden und Schriftführer unterzeichnet, in dem Bericht der Wahlprüfungs-Kommission steht freilich kein Wort davon, ferner ist dieser Bericht noch gar nicht erschienen ist, also auch Herr Dr. Werner einen solchen gar nicht gesehen hat. Vielleicht sagt uns nunmehr der freisinnige und wahrheitsliebende Herr Dr. Werner, wer bewußt gelogen hat.

Und nun die unbedeuten freisinnigen Abkommandierungen beim Sozialistengesetz und die Behauptung, daß die Freisinnigen an der damaligen Verlängerung des Sozialistengesetzes schuld seien. Herr Dr. Werner sagt: „Auch das ist bewusste niederträchtige Lüge“. Lassen wir die Thatfachen sprechen:

Die Abkommandierungsbriefe schrieb der politische Kamulus des Herrn Eugen Richter, Dr. D. Herms, und schickte seiner Unterschrift bei: „Im Auftrage“. Dem fortschrittlichen Abgeordneten Kämpfer gegenüber erklärte Herms auf die Frage, in wessen Auftrage er die Briefe geschrieben, wörtlich: „Run, in Eugen's Namen“. Wenn Herr Dr. Werner den Wortlaut der Briefe Kämpfers einsehen will, sie stehen ihm zur Verfügung.

Die Abstimmung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes erfolgte am 10. Mai 1884. Die Verlängerung wurde beschlossen mit 183 gegen 158 Stimmen, also mit einer Majorität von 25 Stimmen. Von den Freisinnigen (sie waren damals noch die goldene Hundert, die sich schon als Regierungspartei des künftigen Kaisers Friedrich haben) fehlten außer den Kranken und Verurlaubten folgende Drückergerer: Behrend, Hampf, Hempel, Karsten, Koch, Langhoff, Richter, Hamburg, Schröder, Friedberg und Sella. Das Schmachliche an jener Abstimmung war nicht bloß die freisinnige Abkommandierung und die freisinnige Drückergererei, sondern das Schmachlichste war, daß sogar 26 freisinnige Abgeordnete für das Ausnahmegesetz stimmten und dadurch seine Verlängerung herbeiführten. Diese 26 Jäger waren: Weisert, Eberth, Fahrmann, v. Forderbed, Frieß, Goldschmidt, Griening, Hammer, Horwitz, Jegel, Kochmann, Liepke, Maager, Alexander Meyer, Rommjen, Wanse, Wfläger, v. Schirmeister, Schlutow, Schröter, Strube, Thilenius, Wander, Westphal, Dr. Witte und Wölfel.

Hätten diese 26 Freisinnigen gegen das Gesetz gestimmt oder auch nur den Muth der Drückergererei gehabt und sich der Abstimmung enthalten, so wäre das Gesetz gefallen. Die Freisinnigen haben also ganz allein die Verantwortung für die Verlängerung des Sozialistengesetzes. Und keiner der freisinnigen Jäger wurde aus der freisinnigen Fraktion deshalb ausgeschlossen, also fand ihre schimpfliche Abstimmung die Gutheißung der freisinnigen Fraktion!

Will uns nun der Herr Dr. Werner sagen, auf welcher Seite die bewusste niederträchtige Lüge ist? Die aller Thatfachen entbehrende Behauptung von den Abkommandierungen der sozialdemokratischen Fraktion bei der Dampferubvention-Vorlage wollen wir dem wahrheitsliebenden Herrn scheuen, zumal jeder ernsthafte Politiker weiß, daß die sozialdemokratische Fraktion geschlossen gegen die Dampferubvention gestimmt hat.

Wenn es ferner ein „erbärmlicher Rummelblättchen-Trick“ sein soll, die „Volks-Zeitung“ als freisinniges Blatt zu zitieren, so hat der ehrenwerthe Herr Doktor vielleicht die Güte, wahrheitsgemäß uns zu antworten, ob die „Volks-Zeitung“ die Kandidatur Kreiling unterstützt hat oder nicht. Und wenn sie für den Freisinnigen gegen alle übrigen Parteien agitirt, so wird sie wohl trotz des Klammerns von Seiten des Herrn Dr. Werner als freisinnig bezeichnet werden dürfen. Und so lange Herr Dr. Werner nicht den Nachweis bringt, daß die Worte des Herrn Vorth immer oder wortgemäß falsch wiedergegeben sind, haben alle anderen Leute eher denn er das Recht, von „Gemeinheit“

„Lüge“, „bewußter Niedertracht“ und „elenden Rummelblättchen-Trick“ zu reden.

Herrn Eugen Richter aber widmen wir dieses düstige Briefchen seines auf der Höhe der Bildung stehenden freisinnigen Genossen ganz besonders; die zarbelastete Seele des Vaters der „Sparagne“ jammerte schon vor Wochen über den Ton, der jetzt schon aus dem „Vorwärts“ klinge, als dieser ruhig und sachlich und wahrheitsgemäß von freisinnigen Kapitalschülern sprach. Hoffentlich kriegt er nicht über den seinen Ton des Herrn Dr. Werner die Krämpfe!

Unsere Genossen sehen aber, mit welcher Sorte von Freisinn wir den Kampf zu führen haben!

Kommunales.

Die städtische Schuldeputation hielt gestern unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirchner eine Sitzung ab, in der ein Reskript des Provinzial-Schulkollegiums verlesen wurde, in welchem in Bezug auf die Ordinarie der jüdischen Lehrerinnen in den hiesigen Gemeindeschulen die Mitteilung enthalten ist, daß der Minister im Prinzip auf seinem in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkt beharre, doch wünsche er, daß bei der Ausführung der Anordnungen Härten vermieden werden sollen. Das Provinzial-Schulkollegium ersucht alsdann die städtische Schuldeputation, Kommissare zu ernennen, welche mit seinen Kommissaren am 28. März dieses Jahres Beratungen pflegen sollen über die Ausführung der seitens des Ministers erlassenen Anordnungen. — Die Zahl der freien Plätze an den höheren Privatn Mädchenschulen betragen über 5000, wovon über 4000 den jüdischen Kindern zugänglich sind, sodas ein Rothstand bezüglich der Unterbringung der jüdischen Kinder in den höheren Privatn Mädchenschulen nicht bestehe. Da für diejenigen Eltern, welche ihre Kinder einer höheren städtischen Mädchenschule zuführen wollen, Schwierigkeiten namentlich im Westen entstehen sollen, so hat die städtische Schuldeputation beschlossen, die Charlottenstraße anzuweisen, die Aufnahme von außerhalb sich meldender Kinder erst dann zu betreiben, wenn hiesige Kinder zuvor berücksichtigt worden sind und feinerlei Meldungen von letzteren mehr vorliegen.

Die Deputation für die städtische Irrenpflege hat beschlossen, den Gemeindebehörden die Wiederwahl des Dr. Gabel als Direktor der Anstalt für Epileptische „Bühlgarten“ auf weitere sechs Jahre unter Gewährung einer Gehaltszulage von 1000 M. zu empfehlen.

Anträge der Neuen Fraktion der Linken. Die Stadtverordneten-Dinse und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, beim Reichstage dahin vorstellig zu werden, daß die Regierungsvorlage, betreffend Aufhebung der Privatposten, abgelehnt werde.“ — Ferner haben die Stadtverordneten Kollisch und Genossen nachstehende Anträge eingebracht: 1. „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, dem Reichstage gegen die beabsichtigte Neuregelung der Fernspreckgebühren vorstellig zu werden.“ 2. „Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, bei den zuständigen Staatsbehörden dahin vorstellig zu werden, daß von einer Theilung der Stadt Berlin in verschiedene Gerichtsbezirke Abstand genommen werde.“

Lokales.

Zur Neuwahl im zweiten Reichstagswahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mitteilung, daß am Freitag Abend 8 Uhr zwei Volksversammlungen stattfinden, und zwar bei Altem, Hohenstraße 14/15, sowie im „Friedrichshof, Kasino“, Friedrichstr. 286. Der Reichstags-Abgeordnete W. Kramer und der Kandidat des Kreises, R. Fischer, werden über die bevorstehende Neuwahl sprechen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlomitee.

Sechster Wahlkreis. Am Sonntag Abend 5 1/2 Uhr findet im Kölliner Hof, Köllnstr. 8, eine Volksversammlung statt, in der Genosse G. Wagner über „Umstürzler und Kulturträger“ einen Vortrag halten wird. Nach der Versammlung findet ein gemüthliches Beisammensein statt. Zahlreiches Besuch erwartet Der Vertrauensmann.

Freie Volksbühne. Die Vorstellung der 4. Abtheilung (braune Karten) findet Sonntag Nachmittag 2 1/2 Uhr im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater statt, und zwar „In Behandlung“. Die Aufführung der Komödie „Erziehung zur Ehe“ von Otto Erich Hartleben und des Einakters von Max Dreher „Liebesträume“ (mit Fräulein Elise Sauer) wird Sonntag Nachmittag für die zweite Abtheilung im Lessing-Theater stattfinden, so daß heute in beiden Theatern gespielt wird. Die Mitglieder dürfen im Lessing-Theater nur die Vorstellung ihrer Abtheilung besuchen, da Nachzügler in den übrigen Vorstellungen keinen Raum finden. Die nächste Abtheilung kann noch einige Mitglieder aufnehmen, Anmeldungen nehmen alle Zahlstellen entgegen. In den Zahlstellen sind Billets zur Gemüth-Ausstellung im Kunstsalon Albers a 20 Pf. für Mitglieder erhältlich (halber Kassenspreis). Desgleichen die Karten zum Märzfest des Vereins (nur für Mitglieder) am 18. März im Böhmischen Brauhaus. Da dieselben nur in geringer Zahl ausgegeben werden können, ist es für die Mitglieder empfehlenswerth, sich scheinigst damit zu versehen. (Siehe auch heutiges Inserat.) Der Vorstand, J. A.: G. Winkler.

Der Mangel an mechanischen Feuerwehr-Leitern

hat sich bei dem Dachstuhlbrand in der Meyerstraße wieder sehr fühlbar gemacht. Allem Anscheine nach wäre die dabei vorgekommene Verunglückung von Feuerwehr-Mannschaften vermieden worden, wenn sofort eine mechanische Leiter zur Stelle gewesen wäre. Die Schuld an diesem Mangel trifft keineswegs die Feuerwehr-Direktion, wie in einem hiesigen Blatt behauptet wird. Die Direktion hat seit Jahren auf die Nothwendigkeit der Vermehrung der mechanischen Leitern hingewiesen und bereits 1894 die Ausrüstung sämtlicher Feuerwachen mit solchen Leitern beantragt. Aber noch 1897 waren nur zwei Leitern vorhanden, und von den drei neuen, die im Verwaltungsjahre 1897/98 endlich beschafft werden sollten, war bis Ende März 1898 erst eine eingestellt. Gegenwärtig dürften alle fünf Leitern in Gebrauch sein, aber das ist für eine Stadt wie Berlin selbstverständlich immer noch viel zu wenig. Die Feuerwehr-Direktion hat es übrigens auch nicht veräumt, in den letzten Jahren in ihren Berichten immer wieder auf die großen Gefahren hinzuweisen, die sich aus dem Mangel an mechanischen Leitern ergeben. Sie hat für verschiedene Brände den Nachweis geführt, daß die Beschränkung des Feuers auf seinen Herd oder die Rettung von Bewohnern der obersten Stockwerke dadurch erschwert wurde, daß der zuerst auf der Brandstelle eintreffende Zug nicht mit einer mechanischen Leiter ausgerüstet war. Bei dem großen Brande Müller- und Jannstrassen-Gde am 18. August 1897 mußten mehrere Personen unter größter Lebensgefahr und zum Theil mit dem Sprungtuch gerettet werden, weil die ersten Plze keine mechanischen Leitern besaßen. Der Bericht der Feuerwehr-Direktion hebt hervor, daß es sonst „ohne jede Gefahr und in einem Zeitraum von wenigen Minuten möglich gewesen wäre, sämtliche gefährdete Personen zu retten“; bei keinem Feuer der letzten Jahrzehnte habe sich der Mangel an mechanischen Leitern in so hohem Grade fühlbar gemacht. Zu dem Brande Invalidenstr. 129 am 14. Februar 1898 bemerkt die Direktion in ihrem Bericht, daß bei Vorhandensein einer mechanischen Leiter „das für die Rammschaften sehr anstrengende Raufen des verqualmten Treppenhauses nicht erforderlich gewesen sein würde“.

Der vom Ministerium des Innern ausgearbeitete Entwurf über die Vesteuerung der Waarenhäuser ist nicht nur den Handelskammern, sondern auch den Inhabern einiger großen hiesigen in Betracht kommenden Geschäfte zur Regulierung mit-

geheilt worden. Die Inhaber dieser Geschäfte werden in einer am Freitag stattfindenden Versammlung zu dem Entwurfe Stellung nehmen. Aus der Vorlage theilt der „Konfessionär“ mit, daß von einer Umsatzsteuer Abstand genommen worden ist. Es wird eine Branchesteuer in Vorschlag gebracht, welche in einem Zuschlag zur Gewerbesteuer besteht, die je nach der Zahl der Branchen erhöht wird. Die Steuerhöhe halten sich angeblich in mäßigen Grenzen.

Tödliche Verunglückungen von Feuerwehr-Mannschaften sind von 1853 bis 1898 in 14 Fällen vorgekommen. 1 Fall 1853 (Hilfswehr, Friedrichstraße), 3 Fälle 1878 (Berliner Brotfabrik, Holzmarktstraße), 4 Fälle 1880 (Akademische Bierhallen, Hegelplatz), 3 Fälle 1883 (Berliner Weibefabrik, Köpenickerstraße), 1 Fall 1891 (Müllfabrik nach Wache, Reibelsstraße), 1 Fall 1897 (Säerling'sche Fabrik, Fennstraße). Seit 1. Juli 1896 besteht Abrede zwischen der Feuerwehr und einer hiesigen Versicherungsgesellschaft ein Abkommen, nach welchem die Mannschaften sich oder ihre Familienmitglieder mit einem kleinen Kapital versichern können. Im ersten Jahre wurden über 800 Versicherungen (einschl. Frauen und Kinder) abgeschlossen.

Die Aufstellung polnischer Sonderkandidaturen bei allen Wahlen in Berlin hat einer Zeitungsnachricht zufolge eine Versammlung der hier ansässigen Polen beschlossen. — Zu welchem Zweck?

Den Fahrrädern wird voraussichtlich in den neuen Berliner Mietkontrakten, die gegenwärtig in der Ausarbeitung begriffen sind, eine besondere Bestimmung gerichtet werden. Zahlreiche Hausbesitzer beklagen sich nämlich über die Beschädigungen an Zählern, namentlich an sogenannten Windfängen und an den Treppengeländern, die bei dem öfteren Transport der Fahrräder hervorgerufen werden. Sie haben im Parterregeschoß des Hauses Vorrichtungen zur Aufstellung und zweckmäßigen Verwahrung der Räder anbringen lassen, deren Benutzung aber beim Mangel einer besonderen Vereinbarung in das Verleihen eines Radbesizers gestellt ist und die gewöhnlich dann unterlassen wird, wenn Differenzen zwischen den Mietparteien eingetreten sind. Diese Angelegenheit wünscht nun die Hausbesitzer in der Weise geregelt zu sehen, daß eine Verpflichtung des Mieters kontraktlich festgesetzt wird, wonach dieser sich verpflichtet, das ihm gehörige Fahrrad in dem dazu angezeigten Handraum unterzubringen. Allerdings entsteht dabei die Frage, ob in den meisten Fällen der Vermieter nicht auch der Bewahrer des ihm anvertrauten Fahrrades wird und für dessen Beschädigung oder Entwendung aufzukommen hat. Mindestens würden sich die Besitzer der Häuser gegen derartige Schadensansprüche verschließen müssen.

Von Stufe zu Stufe scheint es mit Ella Goly zu gehen. Zuerst zog sie die Wetter an, dann wandte sie sich der Schriftstellerei zu. Auf der Bühne wollte die Polizei sie nicht haben und ihre schriftstellerischen Leistungen waren also unbedeutend. Jetzt läßt ein Gastwirt aus der Oranienburgerstraße Petzl verheiraten, wonach Ella Goly bei ihm mit zarter Hand bedient. Seit Sonnabend waltet sie ihres neuen Berufes.

Das Polizeipräsidium hat dem von den städtischen Behörden beschlossenen Projekt wegen Festsetzung neuer Fluchtlinien der Manteuffelstraße (Verlängerung) zwischen Köpenickerstraße und Mühlentstraße unter Aufhebung der bestehenden Fluchtlinien der Fruchtstraße zwischen Mühlentstraße und Spree zugestimmt. Der Straßenzug und die über die Spree zu erbauende Brücke erhalten eine Gesamtbreite von 19 Metern, der Straßenrand eine solche von 15 Metern und die Bürgersteige je 4 Meter.

Die Verhaftung eines flüchtigen Defraudanten ist der Berliner Kriminalpolizei geglückt. Es handelte sich um den Geschäftsführer Klingenberg aus Jüterbo, der beschuldigt wird, als Vorstehender der Kollerei-Genossenschaft Wilkau das Genossenschaftsvermögen widerrechtlich um etwa 8000 M. geschädigt zu haben. Um die Unterschleife zu verdeutlichen, verübte K. auch noch Fälschungen in den ihm anvertrauten Büchern. Ferner werden ihm einige Wechsel fälschungen zur Last gelegt. Die Unrechtheiten kamen gelegentlich einer Kassenrevision zu Tage. Als dann K. eine „dringende Geschäftsreise“ nach Berlin antrat, wurde der Telegraph in Thätigkeit gesetzt, worauf hier seine Festnahme erfolgte. Der Defraudant wurde dem Gerichtsgewahrsam zu Jüterboald zugeführt.

Die Abrissarbeiten in der Spandauerstraße sind nunmehr fast in vollem Umfange vollendet. Gegenwärtig ist nur noch das Haus der Simons-Apothek und die angrenzenden Fronten in der Probststraße niederzulegen, doch auch hier ist der Abriss bereits so weit gediehen, daß die Arbeiten in der nächsten Woche beendet werden. Der Bauzug wird späterhin wieder eingerückt, so daß während des Neubaus der großen Geschäftsbauwerk, der Anfang April in Angriff genommen wird, die Spandauerstraße in ihrer ursprünglichen Breite dem öffentlichen Verkehr überlassen bleibt. Ende Oktober d. J. wird die endgültige Erweiterung der Spandauerstraße vorgenommen. Der Fahrdamm wird eine Verbreiterung von 1,50 Meter bis 0,70, der Bürgersteig eine Verbreiterung von 0,50 bis 0,10 Meter erhalten. Da die Straßenbahn-Gelände in ihrer jetzigen Lage verbleiben, so dürfte möglicherweise das Polizeiverbot des Haltens der Fuhrwerke in dem Engpaß der Spandauerstraße aufgehoben werden, da nach der Verbreiterung die früher so häufig vorgekommenen Verkehrsstörungen nicht mehr zu befürchten sein werden.

Der im Untersuchungs-Gefängnis befindliche Willy Lange hat jetzt eine neue Angabe über den Verbleib der veruntreuten 40 000 M. gemacht. Er behauptet zu einem Beamten, daß er sein Geld so untergebracht habe, daß niemand „herankomme“. Er werde ganz bestimmt in den Besitz des Betrages gelangen, sobald er die ihm bevorstehende Strafe verbüßt hätte. Allerdings habe er seinem Freunde, den er nach wie vor Müller nennt, eine Summe gegeben, damit dieser unterdessen in St. Franzisko ein Restaurant eröffnen könne. — Im übrigen lassen sich, wie ein Richterthäter wissen will, die Friedrichshagen'sche Ermittlung der 40 000 M. besonders angelegen sein. Man rechnet dort mit Sicherheit darauf, daß der Defraudant das Geld in der waldreichen Umgebung versteckt habe, wovon er sich bald nach Verübung der That gewandt habe. Bisher fehlt freilich jede sichere Spur vom dem Gelde.

Die Influenza, die seit ihrem ersten Auftreten im Jahre 1892 Berlin alljährlich im Frühjahr heim sucht, hat auch in diesem Jahre hier wieder Fuß gefaßt und eine ganz bedeutende Ausdehnung angenommen. Die Krankheitserscheinungen sind vielfach sehr schwerer Natur und führen häufiger zu Todesfällen. Besonders ist der Norden und Osten der Stadt von der Krankheit befallen und ebenso werden aus den nach jener Richtung hin gelegenen Vororten eine große Zahl von Grippe-Erkrankungen gemeldet.

Einen bösen Ausgang hat eine Spielerei zwischen zwei Schülern genommen. Der Knabe Müller wurde durch einen losgehenden Revolver am Unterleib verletzt und nach einem Krankenhaustage gebracht. Nach einer anfänglichen Besserung hat sich der Zustand jetzt derart verschlimmert, daß die Eltern auf die gefährliche Wendung aufmerksam gemacht wurden. Wann wird der namentlich in den höheren Schulen übliche Unfug, daß Kinder mit Schießwaffen spielen, endlich aufhören?

Der Zwischenfall bei dem Erweiterungsbau der Firma J. W. Borchardt, Französischstraße 47, ist beendet worden. Der schwere Stein, bei dessen Aufwinden zwei Laue zersplitterten, konnte inzwischen an den für ihn bestimmten Platz geschafft werden, so daß jede weitere Gefahr ausgeschlossen war und die Straße für den Wagenverkehr wieder freigegeben werden konnte.

Im Gasthause hat sich hier der 60 Jahre alte Buchhalter Fritz Borchardt erhängt, der vorgestern aus Dresden in Berlin eingetroffen war und in der Königgräzerstraße Wohnung genommen hatte. Er wollte sich hier wegen eines Nervenzustandes ärztlich behandeln lassen.

Erkroffen hat sich am Dienstag Abend um 9 1/2 Uhr der 82 Jahre alte Kaufmann Leo v. Noos, der aus Jülich stammt und

Markgrafenstraße 62 wohnte. v. Noos war in einem Geschäft der Kochstraße angefaßt, hatte aber einen ihm gewährten Urlaub überschritten und die Stellung verloren. Als nervöser und überarbeiteter Mann fand er nicht gleich ein anderweitiges Unterkommen und war aller Mittel barm. In dieser Lage griff er zum Revolver und jagte sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Der Tod war sofort eingetreten.

Eine auf dem Gebiete der Photographie sicherlich bedeutungsvolle Erfindung wurde in der Sitzung der Deutschen Gesellschaft von Freunden der Photographie zum ersten Male der Öffentlichkeit übergeben. Direktor Schulz-Bende, der über die Erfindung von Secco-Film, eines neuen Erfindes für Glasplatten und Celluloid-Film, und über seine damit ausgeführten Versuche berichtete, hob hervor, daß die Einführung dieser Secco-Film geradezu als ein Ereignis auf photographischem Gebiete zu betrachten sei, und daß besonders die künstlerische Photographie durch die neuen Film sehr gefördert werden würde. Die Secco-Film sind eine Verbesserung des alten Nobis'schen Negativpapiers; denn das Papier, auf dem das fertige Negativ ruht, braucht nicht mehr transparent gemacht zu werden, man kann vielmehr das fertige Bild ohne Weiteres auf trockenem Wege von seiner Unterlage ablösen und als besonders widerstandsfähige Haut für die Kopierzwecke für sich allein benutzen. — Dr. Seidel erklärte die Handhabung und den Gebrauch der neuen Film und demonstrierte experimentell einige ihrer Eigenschaften.

Feuerbericht. Mittwoch Mittag wurde die Feuerwehr nach Alexandrienerstr. 46 gerufen, wo im Erdraum einer Uhrfabrik ein Brand ausgebrochen war, der Kisten und Holzwohle zerstörte. In der Nacht zum Mittwoch waren zwei erhebliche Brände abzuschließen. Kurz nach Mitternacht entstand Schönhauser Allee 104 in dem unter einem Fabrikgebäude belegenen Logerkeller Feuer, das an den dort lagernden Hanf- und Baumwollengarn-Vorräthen reichliche Nahrung fand und dabei eine solche Verqualmung erzeugte, daß mit Rauchhelmen zum Brandherde vorgezogen werden mußte. Drei Rohre brachten den Brand nach 1 1/2 stündiger Arbeit zum Stehen. Der verursachte Schaden ist beträchtlich. — Ebenfalls in einem Logerkeller war heute früh kurz nach 9 Uhr Waldstraße 87 ein Schodenfeuer zu löschen. Hier wurde ein großer Posten Schuhwaren vernichtet. — Nach Klopstockstraße 65 wurde die Wehr böswillig alarmiert. Der Thäter konnte nicht ermittelt werden. — Mittwoch früh gegen 8 Uhr gingen in der Jossenerstr. 46 Drehlöcher in einer Schlächterecke in Flammen auf. — Kurz nach 9 Uhr mußte Alexandriner- und Stallstraße 50/51 ein Zimmerbrand beseitigt werden. Zur selben Zeit brannte ein Müllwagen des Fuhrers August Lehmann, Müllerstraße 10, vor der Hauptwache Lindenstr. 40/41.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Freitag Abend 8 1/2 Uhr findet im Lokale „Bismarckhöhe“ der zweite Diskussionsabend statt. Behandelt wird das Parteiprogramm in seinem grundsätzlichen Theil. Gäste haben Zutritt.

Aus Spandau. Eine doppelte Mietzahlung schafft den Bewohnern der Staatensstraße in Spandau zur Zeit viel Verdruß. Im November v. J. erschien bei den Einwohnern eines Hauses dieser Straße ein Vollziehungsbeamter des Magistrats namens Nippin in Uniform mit einem Schreiben seiner Behörde, wonach die Mieter die wegen Steuerreste beschlagnahmte Miete nicht an den Hausbesitzer, sondern an die Steuerkasse zu zahlen haben sollten. Der Beamte nahm alsdann die Miete gegen seine Quittung bei verschiedenen Einwohnern bald in Empfang. Nippin wurde einige Tage später flüchtig; die einlassenden Mietbescheide unterförmlich. Der Magistrat verlangt nunmehr von den Bewohnern die nochmalige Zahlung der Miete mit der Begründung, daß der Beamte zu deren Erhebung gar nicht berechtigt war. Die Mieter, zum Teil keine Leute, werden hierdurch hart betroffen. Wegen des Vollziehungsbeamten Nippin ist die gerichtliche Untersuchung wegen Unterschlagung amtlicher Gelder eingeleitet worden. Offentlich ist der Magistrat verständig genug, sein vermeintliches Recht den Armen gegenüber nicht bis zum äußersten durchzusetzen.

Grünenthal hat Schule gemacht. Vor acht Wochen wurde dem Bäckermeister Vorbeer in Spandau das ganze Paarvermögen, 900 M., gestohlen. Als der Thät verdächtig sind ielen Lebrting Röhle und dessen Freund, der Schlosser Rierow, verhaftet worden. Beide leugneten hartnäckig. Erst am Dienstag gestand der Lebrting die That und erzählte auch, wo sich das Geld befände. Die Diebe hatten die Kasse mit einem Theil der Beute auf einem mit Epheu bedeckten Grabe verborgen.

Niddorf. Die Sammelliste Nr. 346, ausgegeben zu gunsten der Niddorfer Verurtheilten, wird vernicht. Der Funder wird ersucht, sie abzugeben bei Otto Klein, Restaurateur, Kaiser Friedrichstr. 296

Der Sperrtunnel zwischen Stralau und Treptow ist nunmehr betriebsfertig. Gegenwärtig wird nur noch ein Kuppel der Jernbahn in der Kohleleitung vorgenommen, weil bei den früheren Bohrungsarbeiten die Jernmatten durch starke Erschütterungen theilweise uneben geworden sind. Es erscheint demnach fraglich, ob die Eröffnung der Straßenbahnlinie vom Schleißchen Thor bis Treptow noch in diesem Jahre erfolgen kann, weil vorher noch verschiedene bauliche Aenderungen vorgenommen werden müssen. Die Dorfställe in Stralau ist in ihrem größeren Theile zu eng, um ein Doppelgleis anzunehmen und so muß der ganze Straßenzug auf Kosten der Bürgersteige und der Vorgärten verbreitert werden. Die Dorfställe erhält dieselbe Breite wie die Straßener Allee. Die Befizer der in Frage kommenden Terrains haben die notwendigen Ländereien am 1. Mai an die Dorfgemeinde zu übergeben und an diesem Termin wird dann mit dem Umbau begonnen werden. Die Gesellschaft für Untergrundbahnen hat außerdem noch zwei große Wohnhäuser angekauft, die zum Zweck der Straßenverbreiterung niedergehauen werden müssen.

Diebstähle an Handhärklinten bilden gegenwärtig den Schrecken Charlottenburger Eigentümler. Schon in der vergangenen Woche wurden mehrere Fälle bekannt; in der Nacht zum Mittwoch nun sind 25 solcher Diebstähle vorgekommen. Dies geschieht in der Zeit zwischen dem Öffnen der Häuser und dem Eintritt der Tageshelle.

Ein Idyll aus dem Militärstaat. Taugenlaubbis als Belohnung für gute Aufführung wird im Kreise Beckow-Dorslow den Militärfähigen, welche sich im März zur diesjährigen Ausmusterung zu stellen haben, vom Landrath von Gersdorff vorbehalten. Derselbe hat nämlich in seinem Kreise folgende Verfügung zur öffentlichen Kenntniß gebracht: Aus Anlaß des bevorstehenden Militär-Ertraggeschäftes werden voraussichtlich von Bestimmungspflichtigen auch diesmal bei den Herren Amtsvorstehern des Kreises Gesuche um Ertheilung von Taugenlaubbis für den betreffenden Bestimmungstag angebracht werden. Ich behalte mir für diesen Fall ausdrücklich vor, über dergleichen Anträge selber zu befinden und bemerke hierbei, daß ich ihnen grundsätzlich nur dann Folge geben werde, wenn die Bestimmungspflichtigen an dem Musterungstage selbst sich tadellos geföhrt haben. Die bestbehabigten Herren Amtsvorsteher wollen eintretenden Falles dies den Antragstellern in geeigneter Weise eröffnen und ihnen gleichzeitig anheimgelassen, ihren Antrag am Musterungstage bei mir zu wiederholen.

Ein sonderbares Tarifcuriosum hat sich bis jetzt fortwährend auf der Bahnstrecke Berlin-Rauen (Hamburger Bahn) erhalten. Auf derselben wird nämlich für jede Person sowie für jeden Hund ein Fahrpreis von 40 Pf. vom Bahnhof Friedrichstraße bis zur Haltestelle Hakenrund erhoben, so daß auf diesem Theil der Strecke für Mensch und Hund genau dasselbe Fahrgeld zu zahlen ist. Auf dem zweiten Theil jener Strecke, also Hakenrund-Rauen beträgt der Fahrpreis für Personen ebenfalls 40 Pf., für Hunde aber nur die Hälfte, also 20 Pf. Wie das möglich ist, oder richtiger: wie auf der Strecke Berlin-Hakenrund in den Bahnhöfen der Platz für Hunde

ebenso hoch bewertet werden kann, wie derjenige für Menschen, dürfte wohl nur von der Eisenbahnverwaltung zu begreifen sein. — Auch eine weitere Fahrpreis-Selbstsamkeit besteht ferner noch auf derselben Bahn in der Höhe des Fahrgeldes für die gleichen Strecken. So kostet vom Lehrter Hauptbahnhof nach Spandau eine Fahrkarte 3. Klasse 20 Pf., während wenn die Fahrt dorthin vom Lehrter Stadtbahnhof angetreten wird, 30 Pf. zu zahlen sind und die Fahrt mit der Stadtbahn erst vom Zoologischen Garten an 20 Pf. kostet. Ebenso sind die Preise für die Monatskarten verschiedene, d. h. es ist für dieselbe Strecke vom Lehrter Stadtbahnhof mehr zu zahlen, als vom Lehrter Hauptbahnhof.

Geriichts-Beitung.

Wie schwer bedenklich die in der Presse schon oft gerügte Verhandlung nach den Vorstrafen in öffentlichen Gerichten verhandlungen ist, zeigt ein erschütternder Fall, der sich gestern in Moabit abspielte. Das Schwurgericht des Landgerichts I verhandelte gegen den Ruffen Wilhelm Unglaube wegen wissenschaftlichen Meineides. Ein wegen Vettels und Arbeitsscheu angelegter Mann hatte sich auf das Zeugniß des Unglaube darüber berufen, daß er während der fraglichen Zeit bei demselben einen Tag gearbeitet hatte. Da es darauf ankam, ob der frühere Angeklagte ins Korrekthaus geschickt werden sollte oder nicht, wurde Unglaube geladen. Im folgenden Termine beschwor derselbe, daß der Angeklagte thätiglich einen Tag bei ihm beschäftigt gewesen sei. Der Gerichtshof hielt den Zeugen nicht für einwandfrei und nahm Veranlassung, ihn in betref seiner Vorstrafen zu befragen. Unglaube erklärte, daß er abgesehen von kleinen Polizeistrafen unbescholten sei und blieb dabei trotz aller Vorhaltungen. Da Unglaube häufig als Zeuge vorgeschlagen wurde, so schloß die Staatsanwaltschaft Verdict, daß man es mit einem Manne zu thun habe, welcher sich als Zeuge laden lasse, um die Gebühren einzutreiben zu können. Die Ermittlungen gaben hierfür nicht genügenden Anhalt, dagegen wurde festgestellt, daß der Angeklagte insofern wissenschaftlich seine Eidspflicht verletzt hatte, als er eine erhebliche Bestrafung wegen Unwahrheit verschwiegen hatte. Da die Beweisaufnahme an der Schuld des Angeklagten keinen Zweifel ließ, bejahten die Geschworenen die Schuldfrage unter Ausschluß von mildernden Umständen, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von drei Jahren und den üblichen Nebenstrafen verurtheilte.

Unter der Beschuldigung, sein Kind ohne triftigen Grund vom Religionsunterricht in der Gemeindefschule ferngehalten zu haben, stand gestern der Handelsmann Hoffmann vor dem hiesigen Schöffengericht. Der Angeklagte behauptete, daß er als Dissident das Recht habe, seine Kinder von dem konfessionellen Religionsunterricht fernzuhalten. Er erklärte, daß ihm dies Recht bezüglich seiner vier Kinder bereits rechtskräftig zugestanden worden sei und legte zum Beweise ein zu seinen Gunsten ergangenes Erkenntniß des Gerichts zu Halle und des Kammergerichts vor. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung.

Ein Landgerichts-Direktor wegen Verleumdung verurtheilt. In Nordhaußen hat sich dieser Tage ein merkwürdiger Fall vor dem dortigen Schöffengericht abgespielt. Vor einiger Zeit schickte der Kaufmann Julius Barthel in einer Verhandlung vor dem Landgerichts-Strafkammer, in welcher er Angeklagter war und durch den Rechtsanwalt Dr. Slawik-Halle vertheidigt wurde, in seiner Vertheidigung von der Sache ab, so daß ihn der Vorsitzende Landgerichts-Direktor Lindenberg in die nöthigen Grenzen wies. Barthel erwiderte hierauf etwa: „Man wird sich doch wohl vertheidigen können? Dazu bin ich doch hier!“ worauf der Vorsitzende sich „solche Unverschämtheit“ verbat. Kaufmann Barthel legte nun gegen den Landgerichts-Direktor Lindenberg wegen Verleumdung. Dieser Tage wurde die Sache vor dem dortigen Schöffengericht abgehandelt und Landgerichts-Direktor Lindenberg zu 30 Mark Geldstrafe verurtheilt. Der Gerichtshof bestand, wie die „Tägliche Rundschau“ meldet, aus dem Amtsgerichtsrath Lehner als Vorsitzenden sowie dem Geschäftsrichter Wagner und dem Seifenfabrikanten Wolf als Schöffen. Als Zeugen waren die Mitglieder der Strafkammer, Landgerichtsrath Müllers, Hoffmann und Schneiderwind, der Staatsanwalts-Bertheiler, der Gerichtsreiber sowie der Rechtsanwalt Dr. Slawik-Halle zugezogen. Dem Angeklagten stand Rechtsanwalt Hims als Vertheidiger zur Seite. Die Verhandlung des Gerichtshofs währte über eine Stunde. Landgerichts-Direktor Lindenberg meldete sofort Berufung an. Bei der grundsätzlichen Wichtigkeit der Sache ist man natürlich nicht wenig darauf gespannt, wie sie in zweiter Instanz verlaufen wird.

Vermishtes.

Von der „Vulgaria.“ Die von dem Dampfer „Berchaven“ aufgenommenen und in Punta Delgada gelandeten Passagiere und Mannschaften der „Vulgaria“, welche von dort mittels Dampfers „Uzor“ nach Hamburg befördert wurden, sind am Montag in Visbaden eingetroffen. Alle Passagiere und Mannschaften sind des Lobes voll über die an Bord der „Vulgaria“ herrschende Disziplin und die Besonnenheit und Unerbarmlichkeit des Kapitäns Schmidt und seiner Offiziere. Sie beschloßen sofort, ihrer Anerkennung in einem an die Direction der „Hamburg-Amerika-Linie“ gerichteten Dankschreiben Ausdruck zu geben.

Die „Moravia.“ Eine bei Rostock eingegangene Depesche aus Ruyport bejagt, der Sloman-Dampfer „Moravia“ sei total verloren. Dagegen ist nach einer Meldung aus Ferrol der Kreuzer „Meteoro“, welcher gestern Nachmittag infolge eines Lecks zu sinken begann, wieder flott geworden. In Hamburg wird allgemein angenommen, daß die Verlegung des auf Sable Island gestrandeten, der Rhederei Robert Sloman gehörigen Dampfers „Moravia“ von Fischer-Schönornen gerettet ist.

Dynamit-Explosion. Wie die „Rattowitzer Zeitung“ meldet, fand in der an der russisch-preussischen Grenze gelegenen, dem Fürsten Hohenlohe gelegenen Kohlengrube „Saturn“ eine Dynamit-Explosion statt. Dieselbe entstand durch Unvorsichtigkeit zweier Arbeiter, die auf der Stelle getödtet wurden, während ein dritter schwere Verletzungen erlitt. Die Leichen der beiden Getödteten bildeten nur noch eine unförmliche Fleischmasse.

Der Vorkühnereiter in Schönberg (Kreis Raudan), dessen Reiter wegen Defraudation verhaftet worden ist, beschloß, den Konkurs anzumelden. Zahlreiche kleine Leute verlieren ihre Ersparnisse.

Auf Helgoland sind im Jahre 1898 insgesamt 230 Eheschließungen vollzogen worden, wovon 17 auf einheimische und 210 auf auswärtige Brautpaare (mit Dispens vom Aufgebot) entfielen. Außer diesen 227 Brautpaaren wurden noch drei Paare aus Helgoland kirchlich getraut, nachdem sie bereits in der Heimath standesamtlich verbunden worden waren. — Uebrigens will die Helgoländer Gemeindevertretung an das preussische Abgeordnetenhaus eine Petition senden mit der Bitte, die Vorschriften über die Eheschließungen auf Helgoland mit Dispens vom Aufgebot trotz der Einführung des neuen Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1900 auf weitere zehn Jahre, also bis 1910, gelten zu lassen.

Das Amtsgericht zu Gredehmühlen l. W. erläßt ein Aufgebot, wonach der 1828 zu Roggenstorf geborene Theodor Kunze, Sohn des welland Pastor Kunze, Erbschaft halber gesucht wird. Kunze ist 1889 nach Australien oder Amerika ausgewandert, ohne bislang eine Nachricht an die Heimath zu geben. Der Gesuchte ist ein Bruder von Fritz Reuter's Gemahlin, die aus dem Pfarrhause zu Roggenstorf stammt.

„Pherestoy“ bezieht sich ein neuer Illusionstrick, der bei Gelegenheit der Kunstausstellung Dresden 1899 in Dresdener Ausstellungspark vorgeführt werden soll. „Pherestoy“ ist ein Illusionsapparat, der, in einem großen, zirkelförmigen Gebäude vorgeführt, dem Beschauer die Illusion einer Luftballon-Fahrt bietet, ohne daß sich dieser wirklich von der festen Erde entfernt. Die Luftreise soll zeitgemäherweise von Dresden nach dem Nordpol gehen. Der Erfinder dieses Illusionstricks ist ein Dresdener Künstler.

Das Grubenunglück auf Zech „Mont Genis“ (bei Herne) ist durch Fahrlässigkeit des Maschinenwärters herbeigeführt worden. Der Mann hat in angetrunkenem Zustande den Förderkorb zu hoch gezogen.

Erziehende Schüler. Wegen Betrügereien bei Anfertigung der schriftlichen Arbeiten in der Mechanik und Physik für die Entlassungsprüfung war den Schülern der ersten Klasse der königlichen Maschinenbau- und Hüttenschule in Duisburg vom Direktor der Anstalt angekündigt worden, daß in sämtlichen Fächern neue Arbeiten gemacht werden sollten. Gegen diesen Beschluß des Lehrerkollegiums erhoben die Schüler der ersten Klasse in einer von Allen unterschriebenen Eingabe Protest und erklärten sich bereit, nur in den beiden Fächern, in welchen Mängel getrieben worden war, sich einer neuen Arbeit unterziehen zu wollen. Als die Schüler sich nun Mittags in der Klasse versammelt hatten, erklärte ihnen der Oberlehrer Braum im Namen des Direktors, daß die erste Klasse der Schule vorläufig aufgehoben sei. Wie verlautet, ist der Direktor der Anstalt nach Düsseldorf zur königlichen Regierung geeilt, um sich weitere Maßnahmen zu erbitten. Die Klasse ist entschlossen, wenn sie mit ihrem Antrage nicht durchdringe, auf ein Reisezeugnis zu verzichten und sich unter Vorlegung der Verhältnisse an das Ministerium zu wenden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist heute das 23. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Rochmals das Dresdener Urtheil. — Die Vereinigten Staaten im

Jahre 1898. Von R. Beer. (Schluß). — Konsum, Bau- und Sparverein „Produktion“. Von A. v. Elm. — Volkshilfsämliche Universitätsbewegung und Reform des höheren Bildungswesens. Von Otto Knecht. — Berliner Theater. Von H. Wehring. — Notizen: Rochmals die Gießerfächer als Vermittler von Krankheiten. — Krullisten: Heim. Von J. G. van der Burgh. Uebersetzung aus dem Dänischen von Francis Wro.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

H. D. Die Bismarckstraße, die von der Kommune umgefaßt worden war, wurde von den Verfallern wieder aufgerichtet. „Blödsinn“ war's, aber reaktionärer.

H. A. Spandau. Derselbe muß Preusse und 24 Jahre alt sein. Darf im letzten Jahre keine Armenunterstützung empfangen haben und eigenen Hausstand (darunter werden auch Chambregarnisten verstanden) besitzen.

H. B. Genosse R. ist im Reichstags-Handbuch als Redakteur und Schriftsteller aufgeführt. Seine Berliner Adresse ist Hofmeisterstr. 34.

G. S. 31. Beachten Sie die betreffende Volksliste in der Mittwochskammer.

H. G. 1. Central-Kranken- und Begräbniskasse für Frauen und Mädchen, Dantzenstr. 189. 2. Wegen Aufnahme müssen Sie dort anfragen. Cigarre 34. Adolfsstr. v. Wagner, Tabakfabrik, Tabak- und Cigarrenfabrikation (Weimar).

H. 36. Derartige Mittheilungen können wir nicht machen.

H. G. Rixdorf. Ueber derartige Gehaltsfragen entscheidet nicht der Reichstag. Die Entscheidung darüber liegt in den Landtagen, was aber

nicht hindert, daß im Reichstag auch derartige Dinge diskutiert und geprüft werden können. Es giebt überhaupt kaum eine wichtigere Angelegenheit der Einzelstaaten, die nicht gleichzeitig bis zu einem gewissen Grade auch Reichssache wäre. Gewonnen hat also keiner von Beiden.

H. S. Vom vollendeten 16. Lebensjahre an. — H. W. 19. Nur, wenn Sie wegen Reinesbes bestraft sind. — W. A. 1. Rein. 2. Ja. — H. B. 100. Dagegen läßt sich nichts machen. — H. 21. Rein, Braunnensstraße 13. Das Vermögen des Betroffenen ist auf Verlangen anzugeben. — G. S. 2. Ja. — G. G. 9. 1. Rein. 2. Ja. 3. Ja. — T. W. C. 3. Ja. — J. B. D. C. Ja, wenn nicht durch eine Handlung der Staatsanwaltschaft eine Unterbrechung der Verjährung erfolgt ist. — D. W. Jahrbender. Kommen Sie mit dem Material in die Sprechstunde.

Witterungsübersicht vom 1. März 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind richtung	Wolken Höhe	Temper. in C.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind richtung	Wolken Höhe	Temper. in C.		
Stettin	764	SW	5	Dunst	5	Göppingen	753	W	4	bedeckt	-10
Damberg	769	SW	3	bedeckt	6	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	767	SW	5	Regen	3	Tort	781	R	1	bedeckt	3
Wiesbaden	776	SW	1	bed.	0	Aberdeen	772	SW	3	wolkig	-8
München	776	SW	5	bedeckt	0	Paris	780	SW	0	Dunst	—
Wien	769	SW	6	bedeckt	4						

Wetterprognose für Mittwoch, den 2. März 1899.
Mild, jedoch ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und möglichen westlichen Winden.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Theilnahme, sowie für die Kranzspenden des Wahlk. f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis 80, und der Centr.-Kranken- u. Sterbefälle der Richter v. meinen tiefgefühltesten Dank.
14688
Frau Wiee Völker.

Allen Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma Dettle u. Co., dem Samariter-Kursus, sowie Allen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir hiermit unsern innigsten Dank.
14326
Martha Haue, geb. Fischer,
nebst Tochter.

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!

Freitag, den 3. März, Abends 8 Uhr:
Zwei Volks-Versammlungen.

1. Altem's Salon, Hasenhaide 14-15. 2. Friedrichstädt. Kasino, Friedrichstraße 236.
Ref.: Reichstagsabg. B. Kramer-Darmspadt. Ref.: Reichstags-Kandidat Richard Fischer.

Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Neuwahl. 2. Diskussion. 210/12

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Das Wahlkomitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Sonntag, den 5. März, Vormittags 10 Uhr, in Keller's Salon, Kopenstraße Nr. 29:
Außerordentl. Generalversammlung

Tages-Ordnung:
Die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Arbeiter. Referent Kollege Robert Schmidt. — Stellungnahme zu dem von den Arbeitgebern vorgeschlagenen arbeitslosen Arbeitsnachweis. — Wahl der Delegierten zu dem Frankfurter Gewerkschaftskongress. — Verbandangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, damit spätestens bis 1 Uhr Mittags die Versammlung beendet sein kann.

Die Vertrauensmänner, welche für ihre Werkstattkollegen die Beitragszahlung besorgen, werden ersucht, am Sonntag deren Bücher mit nach der Versammlung zu bringen und dort dieselben den Kollegen auszuhandigen.
Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Donnerstag, den 2. März 1899, Abends 8 Uhr, in Behrend's Festsaal, Wartenfelsstraße Nr. 95:
Brauen-Versammlung der Eismöbel-Arbeiter Berlins.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission über die Tarifüberlegung. 2. Wie gestalten sich die gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse in den Werkstätten?
Es ist Pflicht eines jeden in der Eismöbel-Branche beschäftigten Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
78/11
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Stuckateure. Achtung!
Montag, den 6. März, Abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Busse, Grenadierstraße Nr. 33:
Öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Die Arbeiterbewegung früher und jetzt. Referent Reichstags-Abg. Rosenow. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Streikfonds. 4. Stellungnahme zum Bauarbeiterkongress. 5. Verschiedenes.
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet.
173/3
Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!
Schrauben- und Facondreher.
Montag, 6. März, Abends 7 1/2 Uhr, bei Graumann (fr. Konz), Rannstraße 27:
Große öffentliche Versammlung aller in Schraubenfabriken besch. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Das Vorgehen des neuen Reichstags-Wahlk. bei der Firma Mix & Genest. 2. Die allgemeinen Arbeitsverhältnisse in den Schraubenfabriken und das Verhalten der Kollegen. 3. Verschiedenes.
In dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Firmen: Mix & Genest, Sudicatis, Stelzner, Stärke, Willing & Viollet, Roll, Nisser, sowie sämtliche in Schraubenfabriken beschäftigten Arbeiterinnen besonders eingeladen.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sind alle Kollegen verpflichtet, für regen Besuch der Versammlung zu agitieren.
115/7
Der Vertrauensmann: Krause.

Chemigraphen.
Donnerstag, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen P. Dupont über: Volkshilfsämliche Anstalten. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches und pünktliches Besuch bitten
90/6
Die Verwaltung.

Achtung, Töpfer Charlottenburgs!
Freitag, den 3. März:
Öffentliche Versammlung im Lokale Bismarckhöhe, Wilmersdorferstraße 39.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
In Anbetracht, daß eine große Anzahl Kollegen in Charlottenburg wohnen, hoffen wir, daß diese Versammlung gut besucht wird.
195/3
Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Greif“, Rixdorf.
(Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“)
Sonnabend, den 4. März 1899, im Apollo-Theater, Hermannstraße 48-50: 1425b
Grosser Wiener Maskenball.

Billets sind im Vereinslokal (Apollo-Theater) zu haben.
Es ladet hierzu ergebenst ein
Das Comité.

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende **Partei-Expeditionen:**

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — SO.: Fritz Thiel, Staligerstr. 35 v. part. — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Holzweidenerstraße 8, part. im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Weidenstraße 11. — Gesundbrunnen: Wilhelm Gahmann, Grünhaldenstr. 64/65. — Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Kasanien-Allee 95/96. — Charlottenburg: Gustav Schwarberg, Schillerstr. 94, v. 1. Treppe. — Deutsch-Wilmersdorf: Frau Käbler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung“ zu erhalten.) — Rixdorf: Osermann, Erstraße 6. — Schöneberg: Wilhelm Däumler, Pelzigerstr. 59, Seitenflügel part. — Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide: Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senfleben, Restaurateur. — Friedmann-Steglitz: O. Bernsee, Rixstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: O. Mohr, Döppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Agornstraße 10a. — Baumschulenweg: Gadel, Baumstraße 32 v. III.

Inserenten sind sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.
Bitte ausschneiden!

Volksversammlung
am Freitag, den 3. März, Abends 8 1/2 Uhr,
im Saale der Gambirind-Bräuerei, Charlottenburg, Wallstraße 94.

Tages-Ordnung: 1. Warum werden wir in der Woche geistert? 2. Was thun unsere Parteien, um die Reichslandsbeurteilung zu bekämpfen? 3. Diskussion. Bund der deutschen Bodenreformer.
1431b

Rixdorf.
Am Freitag, den 3. März, Abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Herrn Alente, Bergstraße 136/137:
Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:
1. Die Stabilitätsverhältnisse und die Kompromiß-Partei. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten zur 2. und 3. Abtheilung.
Zahlreichen Besuch erwartet
302/10
Das Wahlkomitee.

Freie Volksbühne.

IV. Abtheilung Sonntag Nachmittag 2 1/2 Uhr im Friedrich-Wilhelms-Theater: **In Behandlung** (mit Frau Prassch-Gravenberg).

II. Abtheilung Sonntag Nachm. 2 1/2 Uhr im Lessing-Theater: **Die Erziehung zur Ehe.** Komödie in 3 Akten von Otto Erich Hartleben. Hierauf: **Liebesträume.**

Anmeldungen zur VI. Abtheilung werden in allen Zahlstellen entgegen genommen.
Marken zum Märzfest à 50 Pf. in allen Zahlstellen nur an Mitglieder. Dito Billets zur Kunstausstellung im Salon Ribera (à 20 Pf.) für Sonntag, den 26. Februar und 6. März, Mittags 12 Uhr. Vortrag über: Harro Magnusson und seine Kunst. Bis 3 Uhr geöffnet.
228/18
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Andreas-Festsäle, Andreasstraße 21 am Andreasplatz.

Bringe den geehrten Vereinen und Gewerkschaften meine Sätze, 100 bis 1500 Personen fassend, zu Festlichkeiten jeder Art und öffentlichen wie Vereinsversammlungen in empfehlende Erinnerung.
10872*
Carl Stechert. Amt VII 5323.

Vortrag
für die Angehörigen der Verurtheilten in Dresden am Freitag, den 3. März, Abends 8 Uhr, im Theater:
Lichtbilder-Vortrag für Männer über Syphilis.

Jeder Mann ist dringend eingeladen.
Eintritt nach Belieben.
Berliner Naturheilverein Centrum, Magazinstrasse 17.
Sprechstunden 11-2, 6-8, Sonntag 11-12.

Zähne 2 M.
10 Jahre Garantie, Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentlich 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

Sopha, Divan, sehr gut, 1461b
Billig verkauft
Winter, Besslerstr. 10.
Ein Bildergeschäft zu verkaufen.
1433b
Rindbergstr. 9, Keller.
Hobeldant faust Müller, Röllendorferstr. 24.

Unserem Kollegen „Tate“ zu seinem 20. Geburtstag ein dreifaches Hoch! „Wallemer, Kähler u. Köpfer.“ „Kud Kud.“ „Rede Rede.“
Gurrah Pappa! 1464b

1463b Das neueste **„Problem“** muss gelöst sein!

Empfehle mein vorzüglich gepflegtes **Weiß- und Baisisch-Bier.** Alter Nordhäuser Hied auf Lager. Der besten haben Vorkaufspreise. 1081L*
Jahreszeiten des 4. Wahlkreises, Oden, Zahlstellen und Arbeitsnachweis des Bundes der Bauarbeiter.
Emil Köpfer, Schillingstr. 30a.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten **mein Weiss-, Baisisch-Bier und gr. Speise-Geschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittags mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Anbau für 20-50 Personen.
H. Stramm, Rest. Ritterstr. 123.

Bereine und Gewerkschaften!
Empfehle mein **Weiß- u. Baisisch-Bier** und **gr. Speise-Geschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittags mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Anbau für 20-50 Personen.
Kommandantenstr. 65.
G. Ladewig, nahe Alte Jakobstraße.

Allen Bekannten, Kollegen und Genossen empfehle mein **Weiß- und Baisisch-Bier** und **gr. Speise-Geschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittags mit Bier 50 Pf. sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Anbau für 20-50 Personen.
Kommandantenstr. 65.
G. Ladewig, nahe Alte Jakobstraße.

Fr. C. Frommholz,
Glasfabrik, 78, Ecke Ackerstr.

Meine Costume zeichnen sich durch höchste Eleganz aus u. wurden tausendfach mit ersten Preisen gekrönt. Costume in Atlas von 1 RM. 50 ab. 1066L*

Möbel
Kleiderständer, einisch, v. 20 M. an, furnirt v. 30, Wäscheschränke v. 30, Schlafsofa v. 30, Wohnzimmersofa v. 25, Ganzesofa v. 60, Büchergarnituren t. all. Part. v. 100, Bettstellen m. Federboden v. 30, Ruhebetten mit Decke v. 33, Wärmeholzküchen v. 15, Sopha'sche, Stuhlfußstühle von 15, Rohrstühle v. 2 1/2, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerbilligste. Vollständige Einrichtungen, besonders preiswerth, transportfrei. —
Möbel auf Theilzahlung.
unter Garantie, unter solidesten Bedingungen. Schler, Möbelfabrik, Neanderstrasse 13.

Fr. C. Frommholz,
Glasfabrik, 78, Ecke Ackerstr.

Meine Costume zeichnen sich durch höchste Eleganz aus u. wurden tausendfach mit ersten Preisen gekrönt. Costume in Atlas von 1 RM. 50 ab. 1066L*

D. Wurzel & Co.,
Bismarckstr. 17.
Ede Mantelkuffel.
Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat. Spezialität: Arbeiter-Verbrauch: Kleidung: blau Cooper-Jacken R. 1,65, feigend je Größe um 10 Pf., blau Cooper-Hosen, in allen Längen, R. 1,65. Arbeiterhemden, Blonden, Watter, Mittel und Monturhemden.
D. Wurzel & Co.,
1849* Bismarckstr. 17.

Yellow-Kid-Zigaretten.
Cohn's Hojenfabrik
(früher Pilsener) enthält sich leicht weicher. 39 u. 40. 1 Kr. und werden Arbeiterinnen auf 1 Kr. Kosten, sowie ein Dienstmädchen von 15 bis 17 Jahren verlangt. 1471b

Gelegenheitskäufe.
1. Deutsches Harmonium 52 M. 1 Französisch 74
3 Rann-Organ harm. Inventur Instrumente sehr preiswerth. 1426b
Rühle, Berlin, Moritzplatz.
Kleiderständer, Wäscheschränke, Bettstellen, Matrassen, Sopha, Tisch, Stühle, Spiegel, Betten, Fahrrad (postfähig) veräußert. Weidenmarkt, 27, vorn I. Schloßstraße, Dresdenerstr. 88, v. 4 Tr.

Arbeitsmarkt.
Gesellen auf n. Möbel verlangt Rixdorf, Anleebstr. 63. 1472b

Sin tücht. Schweizerdegen,
der mit Johannsberger Schneidpresse beschliffen, für dauernde Stellung gesucht. Es wird nur auf erste Kräfte rechnet. 1458b
H. Liebmann, Königl. Hoflieferant, Friedrichstr. 74.

Tücht. Verfertiger u. Farbigenmacher verl. Gr. Frankfurterstr. 84. 1457b
Verfertiger auf Verleihen verl. Schulz, Rixdorf, Berlinerstr. 89. 1450b
Stanger auf Holz-Photographie Rahmen verlangt 1459b
Wolff, Mothelstr. 14.

Arbeiter auf bessere Woll-Morgenröcke und Mattinen's verlangen gegen Vorzeigung von Probe-Arbeit 1462b
Eisenberg & Sussmann,
Neumarkterstr. 19/20.

Nur gut ein **Stadtreisender** geführter unter günstigen Bedingungen für eine Vignettefabrik gesucht. 1467b
Offerten M. S. 100 Postamt 99.

Feuerversicherungs-Agenten 105/20*
werden von alter deutscher Gesellschaft allerwärts gegen hohe Provision gesucht. Offerten unter U. S. 149 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin, Pelzigerstr. 48.
Ein älterer Sattler in Anfertigung von 1066L*

Luxusgeschirren
durchaus erfahren und der in Abwesenheit des Reichers eine Bekanntschaft ständig leiten kann, findet dauernde und lohnende Stellung.
Offerten W 9 an die Expedition dieses Blattes.

Tüchtige Baumwollfärber verl. Soldat & Sommerfeld, Berlin, Holzmarktstr. 21.

Tüchtige Waffen- und Leberrock-Schneider,
welche auch Arbeit nach außen halb mit übernehmen, gesucht.
Offerten unter X. 9 an die Expedition d. Blattes.

Ein erfahrener Schlosser, welcher Exciterpresse u. Stielmaschinen bedienen kann, das Einspannen von Schmitteln und Stangen in Balancier übernehmen muß, wird für eine **Petrol-Brennerfabrik** als Werkmeister gesucht. Offerten unter J. B. 5652 an Rudolf Mosse, Berlin SW. arbeiten.

Einem Schilling sucht Hartwig Kantorowicz Nachf., Holzmarktstr. 48.

Schneider
auf Röcke, Jaquets und Paletots finden lohnende Beschäftigung bei
M. B. Rosenthal & Co.,
Kaiser Wilhelmstr. 48.

Alte Frau zum Kind verlangt 1473b
Wolff, Ritterstr. 92/94
Räherin auf Bade-Anzüge verlangt Hebert, Prinz Eugenstr. 1. 1460b
Geübte Arbeiterinnen auf gute Damen-Jaquets verlangt 1465b
Dr. Gnash, Mantelstr. 103.

Blousen-u. Rock-Arbeiterin verlangt Liska, Butteuferstr. 51. 1469b
Blousenarbeiterin aufrern Hause Werzessinsky, Dantzenstr. 40/41. 1469b
Wäschenbinderinnen, 14 M. Wochenlohn, sucht Gilmann, Triftstr. 4. 1416b
Manneils auf gute Jaquets und Bescheidenheiten verlangt W. H. I. e. r., Rottbuer Damm 97, I. 1380b
Geübte Kartonnarbeiterinnen verlangt sofort Kartonnfabrik Marzahnstraße 30. 1082b*

Knabenanzüge
Uebertragen, Naden- und Blousen-Arbeiterinnen, in und außer dem Hause, erg. dauernde Beschäftigung. Gustav Lasser, Wollmühlstr. 20, 1 Tr.
Ramsfeld a. bef. Jaquets verlangt 1425b
Röhmstr. 8, v. III r.

Kragen-Arbeiterinnen
auf Schwarz verlangt 1424b
Euckenstr. 16, v. 4 Tr. Ern. H.

Tüchtige Karbelschneiderinnen für Dekorationsartikel verlangt 1427b
Fichelscher, Andreasstr. 32, Robert I. Dauernde Beschäftigung.
Arbeiterin a. Morgenröcke verlangt Neumann, Wasserthorstr. 64, I.
Geübte Kartonn-Arbeiterinnen in und außer dem Hause verlangt 1434b
Becker, Schindlerstr. 15.
3 Wäschen f. leichte Arbeit Radm. gesucht Rottbuerdamm 12a, III r.
Freundliches junges Mädchen zur Erziehung des Handwärgelschäfts verlangt Alt-Moabit 113. 1423b

